Der „Lübecker Volksbote" erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 16 Mk.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 4,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 3,00 Mark, Reklamen 16,00 Mark.
Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.
Fernruf: 926.

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Lübecker Volksbote

Nummer 91. Mittwoch, den 19. April 1922. 29. Jahrgang.

Die Entente gegen das deutsch-russische Abkommen.

Eine scharfe Note.

Genua, 19. April.

Die Delegationen der Alliierten und der kleinen Entente traten gestern nachmittag 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um zu dem deutsch-russischen Vertrag Stellung zu nehmen. Als Ergebnis dieser Sitzung wurde folgende Note der deutschen Delegation zugestellt:

Die unterzeichneten Mächte haben mit Ueberraschung erfahren, daß während des Stadiums der Konferenzarbeiten Deutschland, ohne die anderen hier vertretenen Staaten zu informieren, heimlich einen Vertrag mit der russischen Sowjetregierung abgeschlossen hat. Die unterzeichneten Mächte müssen der deutschen Delegation ihre Meinung dahin ausdrücken, daß der Abschluß eines solchen Vertrages während der Konferenzarbeiten eine Verletzung der Bedingungen darstellt, die Deutschland einzuhalten sich verpflichtet hat, als es die Einladung zur Konferenz annahm und als man Deutschland Gelegenheit gab, an allen Kommissionen in gleicher Weise wie die anderen Mächte teilzunehmen. Während die Konferenz tagt und während Deutschland in der Kommission und Unterkommission sitzt, die mit der Verhandlung über den europäischen Frieden mit Rußland auf der Grundlage der Bedingungen von Cannes beauftragt sind, haben die deutschen Vertreter in diesen Kommissionen hinter dem Rücken ihrer Kollegen im geheimen einen Vertrag mit Rußland über alle Fragen geschlossen, die sie in klarer Zusammenarbeit mit den Vertretern der anderen Nationen behandelt sollten. Unter diesen Umständen betrachten die Unterzeichneten es als nicht recht und billig, daß Deutschland, nachdem es sich auf eigene Faust mit Rußland geeinigt hat, an den Besprechungen der Bedingungen einer Einigung zwischen den vertretenen Ländern und Rußland teilnimmt und setzen deshalb voraus, daß die deutsche Delegation durch ihr Verhalten auf fernere Teilnahme an der Besprechung der Bedingungen für eine Vereinbarung zwischen Rußland und den verschiedenen auf der Konferenz vertretenen Ländern verzichtet hat.

Hochspannung in Genua?

SPD. Genua, 18. April. (Drahtbericht.)

Die Situation ist kritisch. Die Bekanntgabe des deutsch-russischen Vertrages hat, wie man annehmen mußte, eine starke Empörung bei den Ententemächten hervorgerufen. Noch in den gestrigen Abendstunden traten die einladenden Mächte zusammen, um über die Situation zu beraten. Um 12½ Uhr lautete als Ergebnis: **„Sämtliche Arbeiten der Konferenz werden ausgesetzt, bis der Zwischenfall geklärt ist."**

Wir wollen gegenwärtig nicht untersuchen, ob eine Konferenz der Gleichberechtigten von einem Teil der Konferenzteilnehmer ohne Aussprache gewissermaßen vertagt werden kann. Deutschland hat keinen Anlaß, unnötige Schärfen herbeizuführen, sondern wird im Gegenteil bemüht sein, zur Beilegung des sogenannten „Zwischenfalls" sein Möglichstes tun. Keine Macht ist rechtlich in der Lage, die Reichsregierung an dem Abschluß eines Wirtschaftsvertrages zu hindern. Deutschland hat in Genua nur von einem Recht Gebrauch gemacht, das ihm weder auf Grund des Versailler Vertrages noch sonst irgendeines Dokumentes verwehrt werden kann. Der Inhalt sämtlicher Kommuniques der Entente, die auf den deutsch-russischen Vertrag Bezug nehmen, erweckt übrigens auch den Eindruck, **daß man Deutschland diese Rechte nicht streitig machen will.** Der sogenannte „Zwischenfall" wird aus angeblich formalen Verfehlungen konstruiert. Diese werden darin gesucht, daß unsere Delegation versäumte, die Entente in Genua von ihrem Vorhaben in Kenntnis zu setzen und sich erlaubte, einen Sondervertrag zu schließen, während das Problem Rußlands die Konferenz allgemein beschäftigen soll. Sonderbarerweise erhebt dieselbe Entente diesen Vorwurf, **die eine ganze Woche mit den Russen verhandelte, ohne die deutschen Delegierten hinzuzuziehen, oder sie zu unterrichten.** Auch von den Ententedelegierten sollte man annehmen, daß sie von den Interessen Deutschlands in der russischen Frage unterrichtet seien. Was also Deutschland zum Vorwurf gemacht wird, hat die Entente selbst getan, ohne daß wir uns darüber aufgeregt hätten. Trotzdem aber bleibt die Frage bestehen, ob die deutsche Delegation nicht auf die außenpolitische Gesamtlage bei dem Vertragsabschluß hätte mehr Rücksicht nehmen können, ohne deutsche Interessen zu schädigen. Natürlich ist das eine sehr heikle Frage, deren Beantwortung erst möglich ist, sobald die Regierung ihren Schritt begründet hat. Wie es aber auch sei, am wenigsten hätten eigentlich die Ententestaaten ein Recht, sich aufzuregen über Dinge, an denen sie die Hauptschuld tragen.

Welche Lösung die Situation erfahren wird, ist unbestimmt. **Eine allgemeine Auflösung der Konferenz erwartet man vorläufig keinesfalls.** In Kreisen der deutschen Delegationen vermag man kaum zu glauben, daß die Ententestaaten die Verantwortung für einen endgültigen Abbruch der Beratungen übernehmen. Die allgemeinen Ausführungen der maßgebenden französischen und englischen Delegationsmitglieder über den Vertrag rechtfertigen diese Auffassung.

Sicher wird der heutige Tag schon eine Entscheidung bringen. Die deutsche Delegation wird noch heute neue Fühlung nehmen. Was uns nottut, ist weitgehende Zurückhaltung der Oeffentlichkeit, insbesondere in der Heimat. Der sogenannte „Zwischenfall" kann nur an seinem Geburtsort beigelegt werden.

Das sollte man in Deutschland trotz aller parteipolitischen Gegensätze nicht vergessen.

Eine Erklärung Rathenaus.

Genua, 19. April.

Reichsminister Dr. Walter Rathenau empfing gestern abend um 6 Uhr die führenden Mitglieder der englischen und amerikanischen Presse und gab ihnen eine Darstellung von der deutschen Auffassung über den deutsch-russischen Vertragsabschluß. Rathenau erklärte zunächst, er könne es nicht verstehen, warum eine Friedenskonferenz so außerordentlich aufgeregt sei über den Abschluß eines Friedensvertrages. Diee Unstimmigkeiten zwischen den einzelnen Ländern müßten doch einmal geregelt werden. Er führte dann weiter aus, daß er acht Tage lang den Alliierten habe wissen lassen, wie dringend und wichtig für Deutschland die Verhandlungen mit Rußland seien. Deutschland sei jedoch zu keinerlei Verhandlungen mit Rußland zugelassen worden. Dagegen habe er Mitteilungen erhalten, daß Verhandlungen zwischen den Alliierten und Rußland unmittelbar vor dem Abschluß ständen. Auf eine Zwischenfrage eines Journalisteen, von wem er diese Mitteilungen erhalten habe, erklärte Rathenau von amtlichen und halbamtlichen Persönlichkeiten. Auf eine weitere Frage, ob auch Engländer unter den Ueberbringern dieser Nachrichten waren, sagte Rathenau, es seien auch vier Engländer unter ihnen gewesen.

Die Ansicht Lloyd Georges.

Genua, 19. April.

Der Vertreter der „International New Service", Siegfried Weyer, kabelt nach Neuyork:

In einem Interview, das mir Lloyd George kurz nach dem Bekanntwerden des deutsch-russischen Vertrages gab, sagte er mir: Ich sehe keinen Grund, weshalb der deutsch-russische Vertrag die Konferenz zum Scheitern bringen sollte. In einem Kommunique, das ein Gewährsmann Lloyd George kurze Zeit vorher der Presse gab, hatte Lloyd George bekanntmachen lassen, daß ein Aufgeben von seiten Frankreichs durchaus nicht den Zusammenbruch der Konferenz bedeuten würde.

Rußlands Bereitwilligkeit zum Vertragsabschluß mit den anderen.

Genua, 19. April.

Litwinow hat gestern abend einiges zu dem Vertrag gesagt: Er erklärte, daß der Vertrag durchaus nicht die große Bedeutung habe, die ihm zugeschrieben werdee. Rußland sei durchaus bereit, ähnliche Verträge mit allen anderen Staaten abzuschließen und namentlich auch mit Frankreich.

Erschießung eines Polenführers in Gleiwitz.

Gleiwitz, 18. April. Heute nachmittag um 4 Uhr wurde der als Polenführer bekannte praktische Arzt Dr. Stycziniki in seinem Sprechzimmer in der Nikolaistraße erschossen. Die interalliierte Kommission hat über Stadt und Kreis Gleiwitz und den Kreis Hindenburg den Belagerungszustand verhängt. Demzufolge müssen sämtliche Lokale um 8 Uhr schließen, während der Straßenverkehr ab 9 Uhr verboten ist.

Ueberraschung von Genua.

S. R. Berlin, 18. April.

Ist ein neuer Napoleon unterwegs? Fast möchte mans glauben, denn die großen Ententediplomaten in Genua tun ja genau so aufgeregt wie ihre Vorfahren auf dem Wiener Kongreß, als Napoleon Elba verließ. Die Franzosen sehen am Horizont schon einen neuen Feuerschein und auch die Engländer sind gereizt und unruhig. Was ist denn gräßliches geschehen? Hat wirklich der Schatten einer neuen Weltbedrohung die Sonne in Genua verfinstert?

Zwei Kriegskrüppel, nicht der Kriegsgott und seine Helfer, sind es, die sich zusammengetan haben, um sich gegenseitig zu helfen. Rußland und Deutschland, das sind die beiden Länder, die am fürchterlichsten von dem Krieg mitgenommen wurden. Die Not ist es, die diese beiden Länder, zu einander treibt, längst hätte zueinander treiben müssen. Aus der Not dieser beiden Länder ein Geschäft zu machen, das war bisher das Ziel und das Streben der Entente. Geschäft oder Wiedergeburt, Profit oder Hilfe, um diese beiden Dinge dreht es sich hinter den Kulissen. Die Dinge spitzten sich zu und brachten die diplomatischen Fäden begreiflicherweise ein bischen in Verwirrung.

„Rebellion", „Bombe", „Blitz", „Ohrfeige" — das sind so die hauptsächlichsten Entrüstungsschreie aus dem Mund der Entente-Presse. Bei den Chauvinisten im Ententelager kann man ja den Aerger verstehen. Deutschland und Rußland galten für diese Leute nur als Objekt der internationalen Politik. Die beiden Kriegskrüppel haben zu warten, bis sie gefragt werden. Welch eine Anmaßung von Deutschland und Rußland, daß sie zusammen einen Vertrag schließen! Ein psychologisch falsch gewählter Augenblick werde nun den Franzosen neue Vorwände zur Sabotierung der Konferenz geben. Deutschland habe hinterrücks gehandelt. Deutschland habe sich isoliert usw. Die psychologischen Geheimnisse sind von der Ferne aus nur schwer zu ergründen. Es scheint sich aber bei dem ganzen Vorfall garnicht so sehr um Psychologie und um Takt zu handeln; denn die deutsche Delegation hat bereits Mitte der vorigen Woche die Alliierten über ihren Eindruck unterrichtet, daß bei den vertraglichen und offiziellen Unterhaltungen zwischen den Alliierten und Rußland die Interessen Deutschlands völlig unberücksichtigt blieben. Es wurde betont, daß Deutschland sich unter diesen Umständen gezwungen sähe, auf dem gleichen Verhandlungswege, den die Alliierten eingeschlagen haben, mit der Sowjetdelegation direkt in Verbindung zu treten. Das war ein Hinweis, der an Offenheit und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ.

Nicht das eigenmächtige Vorgehen ist der Grund zur Betrübnis und zum Aerger auf der andern Seite, sondern das Vorgehen überhaupt. Der Geist, der zu dem Vorgehen führte und aus ihm spricht — das sind Dinge, die an verschiedenen Stellen der Entente unangenehm empfunden werden. Man hat sich ja in der Welt gewiß längst mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß ohne Rußland ein Wiederaufbau in Europa niemals möglich und daß der russische Wiederaufbau ohne die deutsche Wirtschaftskraft nicht möglich ist. Darüber waren sich alle klar, daß es ohne Rußland und Deutschland nicht geht. Aber man wollte die beiden Länder, die man braucht, doch fest und dauernd am Kragen behalten. Die Morning Post" meint, der Vertrag zwischen Rußland und Deutschland sei ein Avis an die Verbündeten, daß Deutschland und Rußland ihre vollständige diplomatische Freiheit wieder gewonnen hätten. Eine kleine Uebertreibung und interessante Bemerkung. Frankreich hat seine eigenen Pläne für Rußland nicht zurecht gemacht. Mit Polen und mit der Kleinen Entente ist Frankreich am Osten noch nicht am Ziel seiner Wünsche. Politisch und finanziell-wirtschaftlich ist Frankreich an einem Sturz des politischen Systems in Rußland interessiert. Die Art, wie das deutsch-russische Abkommen die Kriegsschädenfrage erledigt und einen Strich unter die Vergangenheit, zieht, wirkt immerhin etwas peinlich für die Ententegläubiger, die unbarmerzig in der Schuldenfrage den letzten Pfennig aus Rußland herausquetschen wollen. Das Plänchen mit dem Artikel 116 des Versailler Vertrages war natürlich nicht auf die Bolschewisten zugeschnitten. Es ist ja auch möglich, daß nicht bis in alle Ewigkeit der Bolschewismus in Rußland am Ruder ist. Trotzdem ist der Verzicht der Bolschewisten auf den § 116 besonders für die Franzosen peinlich genug. Auf die Frage französischer Journalisten, ob der Vertrag mit Deutschland nicht den Artikel 116 des Versailler Vertrages, nach dem Rußland Anspruch auf Reparationen habe, widerspreche, erklärte Rekowski, Rußland verzichte, ohne viel zu rechnen, auf sein Recht, das es gehabt habe, und dies sei ausschließlich Rußlands Sache. Mit dem

Verzicht auf diesen Artikel 116 durch die Russen wird es für die Reparationsjäger unmöglich, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen.

Man sieht, daß jedenfalls für die Franzosen Grund genug zum Aerger vorhanden ist. Aber nicht nur den französischen Nationalisten, sondern auch den englischen Imperialisten ist das deutsch-russische Abkommen ein Dorn im Auge, denn der Geist des Abkommens pat nicht zu den bekannten Bestrebungen, aus Rußland eine neue Kolonie zu machen. „Die beiden Regierungen", heißt es im Artikel 5 des deutsch-russischen Abkommens, werden den wirtschaftlichen Bedürfnissen der beiden Länder mit wohlwollendem Geist wechselseitig entgegenkommen."

Der Grund der Verstimmung ist, daß die Deutschen und Russen nach so vielem endlosen Gerede ein Beispiel gegeben haben, das von der Welt nachgeahmt werden muß, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Strich unter die Vergangenheit, freie Bahn für die Zukunft! Vom Frieden von Brest-Litowsk zu einem wirklichen Frieden! Abschluß eines bitteren und schmerzlichen Kapitels der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Friede von Brest-Litowsk: verfehlte Spekulation des deutschen Imperialismus und des russischen Bolschewismus. Die Folge dieser verfehlten Spekulationen Zusammenbruch, Not und Elend. Nun die Nutzanwendung der in der Zwischenzeit gemachten bitteren Erfahrungen: das deutsch-russische Abkommen von Genua.

Brest-Litowsk war der Vorläufer für Versailles. Brest-Litowsk gehört der Vergangenheit an. Vielleicht hat die „Westminster Gazette" nicht so ganz unrecht, wenn sie meint, mit dem neuen deutsch-russischen Abkommen habe die Revision des Vertrages von Versailles praktisch begonnen. Der Vertrag schwäche die Stellung der Alliierten gegenüber Rußland. Seine weitergehende Bedeutung liege darin, daß Rußland seinen ganzen wirtschaftlichen Wiederaufbau völlig in die Hände der Deutschen läge.

Die „Westminster Gazette" hat nicht so ganz unrecht, aber sie übertreibt gewaltig; denn für die Perspektive, die das englische Blatt sieht, ist noch manches nötig, was heute noch in dem Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland fehlt. Die Zeiten des Terrors sind in Rußland wohl vorbei, aber es ist noch mancher Stein des Anstoßes wegzuräumen, Erst dann kann der Wiederaufbau durch deutsche Kraft in Gang kommen. Die Hindernisse liegen in Rußland, weniger in Deutschland. Wenn hier die Rechtspresse aus der neuen Aera deutsch-russischer Beziehungen ein Anwachsen des Bolschewismus hervorgehen sieht, so finden wir diese Furcht nur dann begründet, wenn die freie Wucherwirtschaft den Hunger im bisherigen Tempo weiter steigert. Hunger und Bolschewismus in Deutschland sind aber heute für Lenin keine Bundesgenossen mehr. Das war einmal! W. St.

Deutsche Vorschläge zur internationalen Regelung des Verkehrswesens.

SPD. Genua, 16. April. (Eigener Drahtbericht.)

Die deutsche Denkschrift über Transportfragen, die der Kommission für das Verkehrswesen vorgelegt werden wird, hat in ihren wesentlichen Teilen folgenden Wortlaut:

1. Der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens auf dem europäischen Kontinent ist abhängig vom Wiederaufbau des Verkehrswesens. Im Vordergrund steht der Eisenbahnverkehr.

2. Der Wiederaufbau des Eisenbahnverkehrs ist eine internationale Angelegenheit. Es erscheint nützlich, daß die nationalen Eisenbahnsysteme in allen den internationalen Verkehr betreffenden Angelegenheiten sich mehr als bisher einander anpassen, so besonders hinsichtlich der Linienführung, der Uebergangsbahnhöfe, der technischen Grundsätze über den Bau und die Ausgestaltung der Strecke, namentlich im Hinblick auf den Uebergang zur elektrischen Betriebsweise, der Bauart und Ausnützung der Fahrzeuge, der Vorschriften über den Betrieb und der Rechtsnormen und Vorschriften für das Tarifwesen, der Aufstellung von Transportprogrammen, der Verwaltung unwirtschaftlicher Betriebe, des Eisenbahnzollwesens und endlich der wechselseitigen Beziehungen der Eisenbahnverwaltungen.

3. Im Interesse einer raschen und tatkräftigen Durchführung dieses Planes erscheint es weiter zweckmäßig, daß diese Anpassung nicht nur auf dem bisher benutzten Wege der Verständigung zwischen einzelnen Verwaltungen und Ländern und jeweils für einzelne der in Betracht kommenden Fälle versucht wird. Vielmehr empfiehlt es sich, hierfür eine dauernde Vereinigung zu schaffen. Die Organe dieser Vereinigung hätten bei allen in Betracht kommenden Fällen und gegenüber allen in Betracht kommenden Bahnunternehmungen auf Anruf der Beteiligten, wie aus eigenem Antrieb energisch und vermittelnd einzugreifen.

4. Die Durchführung der von den Organen der Vereinigung gegebenen Anregungen wird in vielen Fällen abhängig sein von dem Vorhandensein von Geldmitteln, deren Beschaffung den einzelnen Verwaltungen in nächster Zeit schwer fallen kann. Der Vereinigung wäre daher zweckmäßigerweise die Aufgabe zu stellen, Geldmittel für die Durchführung solcher Anregungen zu beschaffen.

5. Die Aufbringung der Mittel im Wege der Inanspruchnahme privater Kredite könnte dadurch ermöglicht werden, daß die Verzinsung und Tilgung der Anleihe sichergestellt würde durch Abgaben, die die einzelnen Verwaltungen im Verhältnis ihrer Beteiligung an den Krediten zugunsten der Gemeinschaft auf die in ihren Gebieten ausgeführten Leistungen des Personen- und Güterverkehrs zu entrichten haben.

6. Die Ausdehnung des Geschäftsbereiches der Vereinigung auf andere Verkehrsfragen, so insbesondere auf die Frage der Binnenwasserstraßen und ihres Verkehrs wird sich empfehlen.

Diesen Vorschlägen ist eine längere Begründung beigegeben, in der es u. a. heißt, daß die finanzielle und technische Heruntermirtschaftung der Eisenbahnen eine internationale Erscheinung sei, die die Anwendung der bereits vor dem Kriege zwischen einer Anzahl von Eisenbahnverwaltungen geltenden Verträge auf die Gesamtheit der mittel- und osteuropäischen Eisenbahnen unbedingt notwendig mache.

Kapp verhaftet und nach Leipzig gebracht.

TU. Berlin, 18. April.

Generallandschaftsdirektor Kapp ist gestern in Saßnitz gelandet und wurde dort von einem deutschen Kriminalbeamten verhaftet, der ihn in das Untersuchungsgefängnis nach Leipzig überführte.

Wie bereits gemeldet, ist Herr v. Kapp beim Betreten deutschen Bodens verhaftet und dem Reichsgericht in Leipzig überführt worden. Die dem Hochverräter nahestehende Presse erfreut sich natürlich an dem Heldenmut ihres Helden, kündigt aber gleichzeitig an, daß er krank ist und äußert lebhafte Befürchtungen für die Gesundheit Kapps, die im Untersuchungsgefängnis neuen Schaden erleiden könnte. Nach uns gewordenen Mitteilungen leidet Kapp an einer Augenkrankheit. Er brachte das Attest eines schwedischen Professors mit. Auf Grund seiner Angaben wurde Kapp der Universitätsklinik zugeführt, wo eine Untersuchung seines Gesundheitszustandes stattfinden wird. Insbesondere wird geprüft werden, ob die in Schweden vollzogene Augenoperation eine Untersuchungshaft ausschließt.

Von einer Entlassung Kapps ist im Augenblick nicht die Rede. Er selbst hat bisher auch nicht den Wunsch geäußert, gegen eine etwaige Kaution auf freien Fuß gesetzt zu werden. Nach unseren Informationen dürfte der Oberreichsanwalt einer solchen Anfrage seine Unterstützung verweigern. Wie das Gericht aber entscheiden wird, ist unsicher.

Ein neuer Türkenmord in Berlin.

Berlin, 18. April.

In der letzten Nacht wurden in der Uhlandstraße von jungen Burschen Revolverschüsse auf zwei Herren abgegeben. Wie die „Telegraphen-Union" an zuständiger Stelle erfährt, handelt es sich bei den Ueberfallenen, die beide getötet wurden, nicht um den Bruder des auch in Berlin ermordeten Talat Pascha, sondern der eine Getötete ist der ehemalige Gouverneur von Trapezunt, Djemal Azmy Bei, der andere ein prominenter Türke namens Baha Eddin Chakir. Den geflüchteten Mördern ist man auf der Spur.

In Deutschland und besonders in Berlin halten sich eine große Menge Ausländer auf, von denen leider ein Teil die deutsche Gastfreundschaft in einer Weise mißbraucht, die den Behörden zu ernsten Bedenken Anlaß geben und sie eventuell zu Maßnahmen zwingen können, die in erster Linie diesen Ausländern unangenehm werden könnten. Am 2. Osterfeiertag hat sich in kurzer Zeit das dritte politische Attentat in Berlin ereignet. Erst war es Talat Pascha, der den Kugeln eines armenischen Studenten zum Opfer fiel, dann folgt das Attentat auf Miljukof und jetzt sind wieder zwei Türken durch Armenier niedergestreckt worden. Die Annahme, daß es sich bei einem der Ermordeten um den Bruder Talat Paschas handelt, hat sich nicht bestätigt.

Zu diesem Attentat erfahren wir, daß die Türken bereis vor einigen Monaten die zuständige preußische Regierungsstelle auf die Gefahr hinwiesen, die ihnen von armenischer Seite droht. Sie fühlten sich dauernd bedroht und baten um Schutz. Die preußische Regierung hat alle Vorkehrungen getroffen, um das Leben der Ausländer zu sichern. Die Häuser, in denen besonders verfolgte Türken wohnen, wurden von der Schutzpolizei besonders bewacht. Die Pässe sämtlicher Türken wurden einer Revision unterzogen, um festzustellen, ob sich nicht unter falschem Namen Armenier eingeschlichen haben. Die Grenzstationen wurden angewiesen, besonderes Augenmerk auf solche Leute zu haben, die als Türken die Grenze überschritten. Aber die besten Vorsichtsmaßnahmen können natürlich nicht verhindern, daß auf offener Straße, oder beim Verlassen eines Hauses plötzlich jemand hinterrücks überfallen und erschossen wird, wie das im Falle der beiden ermordeten Türken geschah.

Die zuständigen Regierungsstellen haben vorläufig von besonderen Maßnahmen gegen die Fremden abgesehen. Es wurde lediglich eine Reihe verdächtiger Personen verhaftet. Die Mörder sind aber in dem allgemeinen Wirrwarr, der am Tatort entstand, entkommen. An maßgebenden Stellen sieht man in dem Freispruch gegenüber den Mördern Talat Paschas eine der Ursachen, die zu dem neuen Türkenmord führten.

In diesem Zusammenhang ist nicht uninteressant zu erfahren, daß auch Karl Radek in ständiger Furcht vor Attentaten lebt und die preußische Regierung, insbesondere den Staatskommissar Weißmann — den Todfeind aller Kommunisten — um Schutz bittet. Derselbe Karl Radek, der seine deutschen Anhänger gegen Herrn Weißmann und seine „Spitzelzentrale" aufhetzt, findet es ganz in der Ordnung, daß derselbe Staatskommissar ihn auf seinen persönlichen Wunsch hin von einem Kriminalbeamten bewachen läßt.

Börse.

Die Berliner Börse stand am ersten Geschäftstage nach dem Osterfeste vor einem großen Rätsel, dem deutsch-russischen Wirtschaftsabkommen. Die Meinungen in der hiesigen Finanzwelt über die Bedeutung und Folgen dieses Vertrages gehen weit auseinander. Man kommt zu keinem sicheren Urteil, weil man noch keine Klarheit über die Ereignisse hat, die diesem Vertragsabschluß vorausgegangen sind. Man vermutet, daß die deutsche Regierung ebenso wie die russische im Einverständnis mit gewissen anderen Großmächten gehandelt haben und daß die Entrüstung Lloyd Georges nicht ganz echt sei. Die Mark wurde an der Neuyorker Börse wesentlich erholt gemeldet. Trotzdem setzte die heutige Börse den Dollarkurs, der im Vormittagsverkehr mit den Banken etwa mit 271 genannt worden war, sehr rasch bis auf 291 herauf. Um die Mittagspause wurde der Dollar mit 289 gehandelt. An der Effektenbörse war die Stimmung vorwiegend fest. Kabel Neuyork 292, London 1291½, Amsterdam 11 025.

Der 1. Mai bei Post und Eisenbahn.

Das Reichskabinett stimmte für die Reichs-, Post- und Eisenbahnverwaltung folgender Regelung wegen des Dienstes am 1. Mai zu:

Beamte, Angestellte und Arbeiter, die zwecks Teilnahme an der Feier am 1. Mai dem Dienst oder der Arbeit fernbleiben wollen, haben rechtzeitig bei ihrem Dienstvorgesetzten um Befreiung vom Dienste nachzusuchen. Solchen Anträgen ist grundsätzlich überall insoweit zu entsprechen, als dadurch die notwendige Fortführung des Dienstbetriebes nicht in Frage gestellt wird. Bei einer Entscheidung über derartige Gesuche soll nicht engherzig verfahren werden. Die hiernach beantragte und bewilligte Freizeit ist bei Beamten und Angestellten auf den Erholungsurlaub anzurechnen, das gleiche tritt auf Wunsch bei den Arbeitern geschehen. Wird von den Arbeitern jedoch nicht ausdrücklich um Anrechnung auf Erholungsurlaub nachgesucht, so wird nach den Bestimmungen der Lohntarife für die Dauer der Arbeitsversäumnis der Lohn nicht gewährt. Für die Bezirke, in denen der 1. Mai landesgesetzlich als Feiertag erklärt worden ist, werden besondere Anordnungen getroffen. Für die übrigen Reichsverwaltungen sollen entsprechende Grundsätze gelten.

Die Austritte aus der U. S. P.

Berlin, 18. April.

Die beiden Stadträte Brühl und Schüning haben an die unabhängige Partei ein Schreiben gerichtet, in dem sie es ablehnen, der Aufforderung, nach vollzogenem Austritt aus der U. S. P. D. auch ihre Mandate niederzulegen, nachzukommen. Sie begründen diese Ablehnung mit einem Beschluß der letzten Reichskonferenz der U. S. P. D., die sich bekanntlich mit dem Uebertritt der K. A. P. D. zur U. S. P. D. beschäftigte und den Beschluß faßte, daß über eine Mandatsniederlegung nur die Partei zu entscheiden hat, der die Ausscheidenden beitreten. Was für die K. A. P. D. gelte, müsse auch für Mandatsträger der Unabhängigen Partei gelten, wenn sie aus dieser ausscheiden und sich einer anderen anschließen. Im übrigen weisen die beiden Stadträte darauf hin, daß die Zusammenarbeit zwischen den unabhängigen und sozialdemokratischen Stadträten im Berliner Rathaus stets ein gutes war, und daß vor allen Dingen in den Bezirken ein gutes Einvernehmen auch mit den Bürgerlichen bestand. Würden sie ihre Mandate niederlegen, so würden ihre Nachfolger nicht Angehörige der unabhängigen, sondern einer bürgerlichen Fraktion sein und dadurch der Arbeiterschaft zwei wichtige Posten der Berliner Stadtverwaltung verloren gehen.

Ihren Austritt aus der Partei begründen Brühl und Schüning nochmals damit, daß die Haltung der radikalen USP.-Fraktion im Berliner Stadtparlament fortgesetzt die Arbeiten der unabhängigen Stadträte durchkreuzte. Im Anschluß daran sei mitgeteilt, daß wenn Brühl sein Reichstagsmandat niederlegen würde, an seine Stelle kein Unabhängiger, sondern ein Kommunist treten würde.

Eine „bayrische" Fürsorgeanstalt.

München, 18. April.

In der früheren Schweinezuchtanstalt Neuherberge bei München wurde nach Genehmigung durch den Regierungspräsidenten v. Kahr eine „Fürsorgeanstalt" errichtet trotz des energischen Einspruches der bayerischen Sozialdemokraten. Die Zöglinge wurden in Schweinekoben ohne ausreichende Licht- und Luftzufuhr untergebracht. Der Zweck dieser kulturwidrigen Unternehmens war, mit Hilfe der billigen Arbeitskräfte, die die Zöglinge darstellen, eine menschenwürdige Anstalt, zunächst aber die dazu — offenbar sehr notwendige — Kirche zu bauen. Der Bau ist natürlich nicht vollendet, aber die rücksichtslose Ausbeutung der Zöglinge hat bereits schwere Opfer gefordert. In einem Münchener Krankenhause starb ein vierzehnjähriger Zögling an „Hungerödem" wie die gerichtliche Sektion der Leiche ergab. Er war völlig unterernährt und kämpfte bereits mit dem Tode, als er eingeliefert wurde. Auch ein anderer Zögling wurde mit dem gleichen Krankheitserscheinungen eingeliefert, während ein dritter an Bauchtuberkulose darniederliegt.

Eine Kommission zur Untersuchung der unhaltbaren Zustände stellte fest, daß fast alle Zöglinge infolge der übermäßig harten Arbeit Hände mit offenen Wunden hatten. Die zum größten Teil noch nicht 14 Jahre alten Kinder mußten täglich 9½ Stunden arbeiten und wurden trotz ungenießbaren Essens mit Ochsenziemer und dergl. zur Arbeit getrieben. Eltern, die sich über diese „Erziehung" ihrer Kinder beim Fürsorgevater beschweren wollten, wurden ohne weiteres abgewiesen.

Bemerkenswert ist, daß dieses saubere Institut unter dem besonderen Schutze des Regierungspräsidenten v. Kahr steht. Es gäbe also für diese gestürzte Größe sicherlich viel dankbarere Aufgaben zu erfüllen. Jedenfalls harren seiner Aufgaben, die viel wichtiger sind, als seine Besuche bei den preußischen Junkern und seine Ansprachen bei jedem nationalistischen Bockbierrummel.

Die „sittenstrenge" Käthe.

Die „Korrespondenz Frauenpresse" hat im Wege einer Rundfrage folgende drei Fragen einer Anzahl bekannter deutscher Frauen vorgelegt:

1. Sind den unehelichen Kindern dieselben Rechte einzuräumen wie den ehelichen? 2. Soll eine Bevorzugung des ehelichen Kindes bleiben? 3. Ist eine Lösung, ein praktischer Vorschlag möglich, wie der Artikel 121 der Weimarer Verfassung durch das Gesetz zu erfüllen ist, ohne die ehelichen Kinder zu schädigen?

Die deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Käthe Schirmacher, die durch ihre Bezeichnung Oberschlesiens als „letzte deutsche Waffenschmiede" soviel zur ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien beigetragen hat, antwortet auf die drei Fragen folgendermaßen:

1. Nein; den unehelichen Kindern sind nicht die gleichen Rechte einzuräumen wie den ehelichen, weil der deutsche christliche Staat auf Ehe beruht. 2. Ja; eine Bevorzugung der ehelichen Kinder soll bleiben. Begründung wie bei Frage 1. 3. Nein; solange 2 mal 2 4, nicht 5 ist, was darzutun und zu erreichen Zweck des ganzen Umsturzes scheint: Ungleiches gleich zu machen.

Frl. Schirmacher scheint mehr vom „christlichen Staat" (wie sie ihn auffaßt!) als von Christus zu halten, der unseres Wissens niemals gelehrt hat, daß gewisse Kinder um ihrer Abstammung willen schlechter zu behandeln seien als andere. Er sagt nicht: Lasset die ehelichen Kindlein zu mir kommen! sondern: **Lasset die Kindlein zu mir kommen!**

Volksernährung und Diätetik.

Im neuesten Heft der „Glocke" warnt der bekannte Mediziner Dr. Julian Marcuse die Arbeiterschaft vor einer Mißachtung nahrungshygienischer Fragen und schreibt:

Der Lebensmittelmarkt hat sein altes Gesicht wieder, aber die Herrschaft über die Preisgestaltung desselben hat der Weltmarkt an sich gerissen, und er unterbindet jede Erwägung über Erhaltungsdiät und Ernährungsauswahl. Maßgebend geworden ist allein die ökonomische Seite und neben ihr das Genußmoment, das von jeder inneren Wertung absieht, und sei es in der Zigarette oder Zigarre, sei es in Schleckereien oder ähnlichem Tand, nur den augenblick-

nachen Geschmackskitzel anzuregen versucht. Solange die Nahrung ausreichend und erschwinglich war, waren diese Nebengelüste verständlich vielleicht sogar berechtigt, heute ist das Bild ein total verändertes. Jede Teuerungswelle beginnt an den Lebensmitteln, sprunghaft geht das Fleisch in die Höhe, und mit ihm steigen sofort alle tierischen Produkte, wie Milch, Butter, Käse. Dieser Piratenzug überträgt sich auf die Teigwaren, die Hülsenfrüchte, die Gemüse, kurzum, alles Eßbare unterliegt neben gewissen Wirtschaftseinflüssen der Spekulation und der wucherischen Ausbeutung.

In diesem Wirrwarr der Lebensgestaltung sinken die **Ernährungsfragen zu einer Art Börsenspiel herab, Qualität und Nährwert werden von der Preisbildung überrannt,** der Aufkauf größerer Mengen, wo wirtschaftlich irgendwie angängig, vollzogen. Die instinktiven Begriffe von dem Vorhandensein gewisser Nährstoffe in den einzelnen Lebensmitteln sind, soweit es sich um die Eiweißsubstanzen und um einige wesentliche Vertreter der Kohlehydratgruppen handelt, erhalten geblieben. Man kennt das Fleisch als sogenannten Kraftspender, Milch und Eier als hochwertige Nährmittel, die Hülsenfrüchte als sättigende, gehaltvolle Substanzen, die Kartoffel als magenfüllende Beigabe. Diese elementaren Kenntnisse besitzen die meisten Frauen, sie wissen auch von der Kriegszeit her, daß die Geringschätzung, die man früher der letztgenannten Kartoffel beimaß, abgelöst worden ist durch eine richtige Wertung ihrer Nahrungsbestandteile, zumal in Verbindung mit anderen Stoffen, wie Fett, Saucen, Milch und ähnlichem. Aber darüber hinaus versagt das diätetische Verständnis der meisten Menschen. Daß zum Beispiel Bohnenkaffee ein reiner Luxusartikel ist und gerade in der Jetzzeit durch den relativ viel billigeren, nährhaltigen Kakao ersetzt werden müßte, daß weißer Käse, auch Quark und Topen genannt, außerordentlich eiweiß- und fettreich ist und sich im Preis noch weit unter den andern Käsearten hält, daß die Selleriewurzel unter den Gemüsearten eine der an Nährstoffen ergiebigsten ist, daß Pilze direkten Fleischersatz bilden — dies alles, und es ließe sich noch weit vermehren, ist leider dem Volksbewußtsein ziemlich fremd geblieben. Dagegen sucht man krampfhaft dem Bier Nahrungseigenschaften zuzusprechen, wenn es auch noch so dünn und noch so teuer ist, gibt für zweifelhafte Wurstarten, deren Inhalt oft mehr einer Hexenküche wie einem Wurstkessel entstammt, teures Geld aus und zahlt ohne Murren Banderol- und Tabaksteuer für alle Rauchartikel.

Ohne gewisse Reiz- und Genußmittel kann der Mensch nicht auskommen, zumal in Zeiten wie den gegenwärtigen, in denen die Lebensnotdurft eine Hochspannung aller Nervenzentren und damit eine dauernde Beunruhigung des normalen Gleichgewichts erzeugt. Aber diese Genußmittel, sei es nun Alkohol oder Nikotin, dürfen nicht verdrängend auf die sachgemäße Ernährung einwirken, sonst erzeugen sie einen Bilanzausfall, der sich in gesteigerter Erregbarkeit wie gleichzeitig herabgesetzter Leistungsfähigkeit bemerkbar macht. Oberstes Prinzip lebenshaltender Ernährung bleibt und muß bleiben, gerade in den wirtschaftlich schwächeren Kreisen, eine gewisse Harmonie zwischen Haushaltungsbudget und Nährwert der gekauften und zu verbrauchenden Lebensmittel. Hier das Richtige zu finden, ist zu keiner Zeit schwerer gewesen wie augenblicklich, aber auch zu keiner Zeit so notwendig wie heutzutage!

Um die Reichseisenbahn.

Von Heinrich Ströbel.

Immer wieder wird gegen die Staatsbahn von privatkapitalistischer Seite Sturm gelaufen. Alle Krokodile des Großkapitals sperren ihren Rachen auf, um den fettesten Happen der gesamten deutschen Wirtschaft zu verschlingen. Das „Amtsblatt" des Freistaates Lübeck unterstützt in einer kurzen Notiz über die Lübeck-Büchener Bahn in ihrer Ausgabe Nr. 174 diese Hetze gegen die Staatsbetriebe. In dem nachfolgenden Artikel legt der Genosse Ströbel schlagend dar, aus welchen Gründen die Staatsbahnen so schwer zu kämpfen haben. Weil sie u. a. dem unersättlichen Bauche der Großindustrie ungeheure Tribute opfern müssen. Agrarier und Großkapitalisten sind, wo man sie auch anfaßt, die Henker des Volkes und des Staates. Und es gibt noch „Amtsblätter", die den traurigen Mut aufbringen, sie zu verteidigen.

Nur blinde Optimisten konnten glauben, daß die deutsche Schwerindustrie nach dem Scheitern ihres ersten Anschlages gegen die Reichseisenbahn ihren Feldzug als gescheitert betrachten würde. Unsere Schwerindustriellen pflegen ihre Projekte mit zäher Beharrlichkeit zu betreiben, und wo hätten diese Eigenschaften höheren Lohn versprochen, als einem so fabelhaften Geschäft gegenüber, wie es die Entstaatlichung der Reichseisenbahnen und ihr Anheimfall an die Privatindustrie wäre. Ein solches Beute- und Ausbeutungsobjekt existiert ja nicht zum zweiten Male in der Welt. Repräsentieren doch die Reichseisenbahnen einen Wert von 30 Milliarden Goldmark, bei dem jetzigen Kursstande also von rund 2400 Milliarden Papiermark. Welch abenteuerliche Gewinnchancen und welch ungeheuerlicher wirtschaftlicher und politischer Machtzuwachs winkten unserer Schwerindustrie, wenn es ihr gelänge, die Reichseisenbahnen in ihren Besitz und ihre Botmäßigkeit zu bringen!

Darauf läuft aber ganz offenbar der Plan hinaus, der eben jetzt auf Veranlassung des Reichsverbandes der deutschen Industrie von einer Sachverständigenkommission in Form einer Denkschrift ausgearbeitet worden ist. Schlägt er doch die Ueberführung der Reichseisenbahnen an eine „gemeinwirtschaftliche" Aktiengesellschaft vor, an der die freie Wirtschaft überwiegend beteiligt werden soll! Die überweigende Beteiligung und der dominierende Einfluß der Privatindustrie, das ist das Kernstück und die Grundabsicht des Projektes — die „gemeinwirtschaftliche" Aufmachung der Aktiengesellschaft ist nur dürftige, ungeschickte Maskierung. Denn wenn Landwirtschaft, Handel, Banken, Industrie und Handwerk, also das Privatkapital, die überwiegenden Träger der Gesellschaft sein sollen, so ist die weiterhin gnädigst in Aussicht gestellte Beteiligung der Beamten- und Arbeiterschaft der Eisenbahnen sowie des Reiches und der Länder nichts als ein dekorativer Aufputz. Selbst wenn das Privatkapital nur über eine Minderheit der Aktien verfügte, müßte ihm bei der heutigen Undurchsichtigkeit des Wirtschaftslebens, bei den unbegrenzten Beeinflussungs- und Korruptionsmöglichkeiten des Großkapitals die Herrschaft zufallen. Die offene oder heimliche Diktatur des Großkapitals über die Eisenbahnverwaltung ist nur dadurch fernzuhalten, daß das Privatkapital an dem nach dem Reichsbahnfinanzgesetz zu bildenden Sondervermögen überhaupt nicht beteiligt wird!

Wie müssen die industriellen „Sachverständigen" die Intelligenz und die Tatsachenkenntnis der deutschen Arbeiter, Angestellten, Beamten und breiter Mittelschichten einschätzen, wenn sie ihnen darzulegen wagen, daß an der Verlustwirtschaft der Eisenbahnen im wesentlichen drei Umstände die Schuld trügen: die mangelhafte Ausnützung des mechanischen Apparates und der stark gesunkene Verkehr, das übermäßige Anwachsen der Personalbestände und die zu geringe Arbeitsintensität, und drittens das zu späte Einsetzen der Tariferhöhungen!

Um gleich mit dem letzten der angeblichen drei Hauptgründe anzufangen: Nicht die allzu niedrigen Tarife verschulden das Eisenbahndefizit, sondern die gerade von der Schwerindustrie aberwitzig in die Höhe getriebenen Preise! Bei einer so unsinnigen und frivolen Preistreiberei, wie wir sie seit drei Jahren erlebt haben, ist eine rechtzeitige und stetige Anpassung der Tarife an die Preise überhaupt eine Unmöglichkeit. Am 1. Dezember 1920 betrugen die Frachttarife das Sechsfache, am 1. April 1921 das Zehnfache der Friedenstarife, während die Kohlen- und Eisenpreise bereits das 20—30fache erreicht hatten. Seitdem hat man die Frachttarife auf das 40fache erhöht! Aber ist man dadurch den Kohlen- und Eisenpreisen näher gekommen? Nein. Denn diese sind inzwischen auf das 80—100fache emporgeklettert. Verdoppeln wir abermals unsere Frachttarife, so erfährt die Preistreiberei dadurch erst recht einen Anreiz, und die Kohlen- und Eisenpreise werden bald das 120—150fache erreicht haben. Die Resultate dieser Wirtschaftspolitik liegen vor aller Augen: die Eisenpreise sind auf das 100fache gestiegen, der Zentner Hausbrand kostet bereits 90 Mark, das 50-Gramm-Brötchen 1 Mark, das Straßenbahnbillet 3 Mark, ein Anzug 3000 Mark und mehr. Der Dollar, der noch vor drei Vierteljahren 80 Mk. galt, gilt heute mehr als 300 Mk.

Und dieselben Schwerindustriellen, die uns durch ihre irrsinnige Preiswucherpolitik diese herrlichen Zustände beschert haben, schreien jetzt nach der Auslieferung der Reichseisenbahnen an die Privatindustrie, um die Tarifpolitik vollends im Stile der Massenausplünderung organisieren, die Arbeitszeit des Eisenbahnpersonals verlängern und dessen Arbeitsleistung intensivieren zu können, während die Bereicherung der Industriellen und Industriereaktionäre womöglich noch gesteigert werden soll!

Immerhin: allzu leicht dürfen sich die Herren Industriellen die Sache denn doch nicht vorstellen. Die Arbeiterschaft wird auf der Hut sein, in erster Linie die Arbeiter- und Beamtenschaft der Eisenbahnen selbst. Vor Monaten schon haben der Deutsche Verkehrsbund und der Deutsche Eisenbahnerverband wertvolles Aufklärungsmaterial über die wirklichen Ursachen des Eisenbahndefizits herausgegeben, dessen Verbreitung und Ausnutzung angesichts der neuen schwerindustriellen Treibereien doppelt angezeigt ist. Einige Tatsachen daraus, die das Sachverständigenelaborat der Industriellen besonders charakterisieren, seien schon heute kurz wiedergegeben.

Die erste Ursache der Eisenbahnzerrüttung war der Krieg, der das Eisenbahnmaterial heillos verwüstete. Noch im November 1920 erklärte der Vertreter des Verkehrsministeriums in der Sitzung des Sachverständigenbeirats, daß infolge der übermäßigen Inanspruchnahme der Maschinen während des Krieges, infolge ihrer Beraubung an kupfernen Bestandteilen und der Verwendung von minderwertigen Ersatzstoffen mehr als 40 Prozent der Maschinen in den Reparaturwerkstätten steckten gegenüber 20 Proz. in der Vorkriegszeit. In ebenso verwahrlostem Zustand befand sich das Wagenmaterial, befand sich auch der Streckenbau! Denn während 1912—14 jährlich 4200 bis 4500 Kilometer Gleise der Betriebssicherheit wegen umgebaut worden waren waren 1917 und 1918 nur knapp 2200 Kilometer Gleise umgebaut worden. 1919 gar nur 968 Kilometer. Dieser ganze verwahrloste und zerrüttete technische Apparat mußte in den letzten Jahren mit einem Kostenaufwande von unzähligen Milliarden wiederhergestellt werden! Das Defizit des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes der Reichseisenbahnen erklärt sich so zum großen Teil aus der unseligen Erbschaft des Krieges!

Obendrein aber wurden nicht nur diese Ersatzbauten, sondern auch die laufenden Kosten des Betriebes maßlos verteuert durch den Preiswucher der beliefernden Schwerindustrie. Während im Jahre 1920 die Arbeiterlöhne im Eisenbahnbetrieb erst auf das 10fache, die Beamtengehälter gar erst auf das 6fache gestiegen waren, waren die Preise für Kohle, Lokomotiven, Waggons um diese Zeit bereits auf das 16—18fache, für Schienen, Eisenschwellen, Stabeisen usw. bereits auf das 25—30fache gestiegen. Nach der amtlichen Gegenüberstellung betrugen in Prozenten der Gesamtausgabe:

	1913	1920
die Beamtenbezüge	28,14 %	22,48 %
die Arbeiterlöhne	26,01 %	25,70 %
die persönlichen Ausgaben überhaupt	60,87 %	51,09 %
die Ausgaben für Kohlen	9,32 %	16,27 %
die Fahrzeughaltung und Erneuerung .	16,02 %	28,53 %
Ausgaben für Werkstoffe allein	3,63 %	6,88 %
sächliche Ausgaben überhaupt	39,13 %	48,91 %

Es ist danach klar, daß die Gesundung unserer Eisenbahnfinanzen vor allen Dingen durch ein Mittel zu bewirken ist, durch die Verhinderung des Preiswuchers, durch die Stabilisierung der Materialienpreise! Diese Unterbindung des Preiswuchers aber wird nur dadurch möglich, daß die Reichseisenbahn sich selbst die in Gestalt von Kohlenzechen, Eisen- und Stahlwerken, Lokomotiven- und Waggonfabriken notwendigen Rohstoff- und Materialienbezugsquellen angliedert, deren sie benötigt, um sich dem Preisdiktat der privaten Schwerindustrie zu entziehen.

Das deutsche Trustkapital glaubt allen proletarischen Hoffnungen auf die allmähliche Durchsetzung der sozialistischen Gemeinwirtschaft dadurch den Todesstoß versetzen zu können, daß es den wichtigsten Gemeinbesitz des Reiches, die Eisenbahnen, wieder in die Fänge des Privatkapitals bringt. Das Proletariat aber kann das Gemeineigentum an den Eisenbahnen nur dadurch zu sichern hoffen, daß es den Eisenbahnbetrieb durch Ausweitung und Rationalisierung zu einem lebensfähigen gemeinwirtschaftlichen Betrieb macht. Hier muß und wird darum die erste folgenschwere Entscheidung fallen zwischen den Mächten des Kapitalismus und Sozialismus!

Volkswirtschaft.

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes.

Das starke Anwachsen der Teuerung in den Monaten Februar und März d. J. kommt auch in den statistischen Berechnungen zum Ausdruck. R. Calwer berechnet in der bekannten Weise die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelbedarfes einer vierköpfigen Familie im März auf 778,96 Mk. gegen 674,39 Mk. im Februar d. J. und 356,19 Mk. im März 1921. Die Steigerung beträgt gegen den Vormonat 15,5 Proz., gegen Dezember vorigen Jahres 51,4 Proz. und gegen März vorigen Jahres 118,7 Proz. Die Indexziffer, der die Lebensmittelpreisstatistik von zirka 200 deutschen Plätzen zugrunde gelegt wird, zeigte von 1914 bis jetzt folgende Bewegung:

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes pro Woche in Mark.

März	Index	März	Index
1914 . . .	25,08	1920 . . .	167,60
1918 . . .	57,00	1921 . . .	356,19
1919 . . .	67,30	1922 . . .	778,96

Hiernach sind die Lebensmittelpreise seit März 1914 durchschnittlich etwa auf das 31fache gestiegen. Ein Vergleich der für die einzelnen deutschen Plätze berechneten Indexziffern bestätigt die Beobachtung, daß die Teuerung in dem von fremden Besatzungstruppen besetzten Gebiet und in dessen nächster Nachbarschaft viel stärker gestiegen ist als in dem übrigen Deutschland. Es ist z. B. bezeichnend, daß die meisten Plätze des Rheinlandes Indexziffern aufweisen, die weit über 800 liegen. Saarbrücken hat mit einer Indexziffer von 963,96 Mk. einen wenig erfreulichen Rekord erreicht. Auffallend niedrige Indexziffern ergeben sich für den Freistaat Danzig, wo die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes mit 505,02 Mk. berechnet wurden.

Wirtschaftskrise und Warenverkehr am Weltmarkt.

In seiner Eröffnungsrede zur Konferenz in Genua hat der italienische Ministerpräsident darauf hingewiesen, daß es heute in der Welt ungefähr 300 Millionen Menschen gibt, die gar nicht oder nicht genügend produzieren, weil es ihnen an Arbeit und Transportmitteln und weil das internationale Vertrauen fehlt. In der Tat ist nicht nur in Rußland, sondern auch in den übrigen vom Kriege betroffenen Ländern die Warenherstellung stark zurückgegangen. Die Ententestaaten waren durch die Weltwirtschaftskrise stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Einschränkung der Warenherstellung entspricht die Schrumpfung der Welthandelsmengen. Diese läßt sich statistisch nur sehr schwer nachweisen, da die internationale Handelsstatistik nicht einheitlich aufgebaut ist und durch die von Tag zu Tag stark veränderten Währungsverhältnisse eine Vergleichbarkeit verloren gegangen ist. Immerhin bieten sich der Beobachtung an den Zentren des Weltverkehrs Anhaltspunkte für einen Vergleich mit der Vorkriegszeit. So hat mit Recht Dr. E. Schultze in seinem Buche „Die Zerrüttung der Weltwirtschaft" den Warenverkehr durch den Suezkanal als charakteristisch für die Verminderung der Umsätze im Welthandel dargestellt. Hiernach ergibt sich, daß sowohl die Gesamtmengen der Durchfuhr auf dieser wichtigen Welthandelsstraße im Jahre 1919 wie 1920 erheblich niedriger waren als 1913 und daß die Gewichtsmengen jeder einzelnen Warenklasse niedriger waren — mit alleiniger Ausnahme von Zucker und Benzin, die beide charakteristischerweise von Osten nach Westen in erheblich größeren Mengen zur Durchfuhr gelangten, da die europäischen Märkte daran bitiere Not litten. Nach Osten gingen durch den Suezkanal in Tausenden von Gewichtstonnen:

	1913	1919	1920
Metalle und Maschinen .	2300	461	921
Petroleum	510	208	263
Eisenbahnmaterial . . .	598	236	423
Zement	439	58	215

Es trat also 1920 eine Steigerung gegenüber dem Vorjahre ein, die aber noch bei weitem die Ziffern der Vorkriegszeit nicht erreichte. Für Kohle nahm die Durchfuhr nach dem Osten sogar ab: vor dem Kriege betrug sie durchschnittlich etwa eine Million Tonnen, im Jahre 1919 nur noch 242 000 Tonnen, 1920 sogar nur 118 000 Tonnen. Nach Westen gingen in je 1000 Gewichtstonnen:

	1913	1919	1920
Reis	2061	417	537
Getreide	1490	1155	1021
Oelsamen	1394	816	698
Erdnüsse	427	92	419
Sojabohnen	296	228	124
Kopra	537	382	407
Jute	841	538	493
Baumwolle	294	108	214
Mangan	869	400	748

Die Rübenzuckergewinnung Europas ist so bedeutend gesunken, daß kolonialer Rohrzucker in 19fach größerer Menge von Osten durch den Suezkanal nach Westen verfrachtet werden mußte.

Devisen-Kurse.

Berlin, 19. April.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		18. April.	12. April.
Amsterdam	100 fl.	11011.20	11315.80
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2516.85	2536.80
Kristiania	100 Kr.	5443.15	5553.05
Kopenhagen	100 Kr.	6187.25	6362.05
Stockholm	100 Kr.	7590.50	7800.20
Helsingfors	100 finn. Mk.	549.30	—.—
Rom	100 Lire	1598.—	1588.—
London	1 £	1290.35	1318.35
New York	1 Doll.	291.63	295.63
Paris	100 Frs.	2726.55	2736.55
Zürich	100 Frs.	5692.85	5782.75
Madrid	100 Pesetas	4544.30	4614.20
Wien	100 K.	3.75½	3.90
Budapest	100 K.	36.95	37.70
Prag	100 K.	580.25	594.25

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std.
Angekommen am 18. April.						
	S.	Marie	Kolb	Horsens	3	
	S.	Hilda	Larson	Sölvesborg	3	
D.		Bürgermeister Lappenz	Hammer	Burgstaaken	3	
D.		Mira	Granit	Hangö	3	
D.		Finnland	Holmberg	Abö	3	
Angekommen am 19. April.						
D.		Hanseat I	—	Egesund		
D.		Phönix	Sörensen	Kolding	1	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Brennstoffhöchstpreise.

Auf Grund des § 117 der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1921 (RGBl. S. 342) vom 21. August 1919 setzt das Landesversorgungsamt ab heute folgende Höchstpreise fest:

	Ab Lager	Frei Haus
Westf. Hartkoks, ungebr.	Mk. 97.—	Mk. 103.—
„ Brechkoks, über 20 mm	„ 100.—	„ 106.—
Anthrazitkohlen	„ 104.50	„ 110.50
Eiform-Anthrazit-Briketts	„ 98.—	„ 104.—
Braunkohlen-Briketts oder Halbsteine	„ 62.—	„ 68.—
Nußkohlen	„ 90.50	„ 96.50
Steinkohlen-Briketts	„ 98.—	„ 104.—
Grude	„ 68.50	„ 74.50

Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Ueberschreitungen werden auf Grund der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 bestraft.

Lübeck, den 18. April 1922. (864

Das Landesversorgungsamt.

Kirchentagswahl.

Die Auslegung der Wählerliste zur Einsicht und zu etwaigem Einspruch gegen ihre Richtigkeit geschieht in der Zeit vom 20.—26. Mai an denselben Stellen, an die die Anmeldung zur Eintragung in die Wählerlisten zu richten war.

Lübeck, den 19. April 1922.

Der Vorstand der außerordentlichen Synode.
gez. Balzer. (871

Aufhebung der Reisebrotmarken.

Das Direktorium der Reichsgetreidestelle hat alle über den Verkehr mit Reichsreisebrotmarken erlassenen Bestimmungen mit Wirkung v. 1. Mai 1922 aufgehoben. Danach werden alle in Händen der Bevölkerung befindlichen Reichsreisebrotmarken mit Ablauf des 30. April ds. Js. ungültig.

Für Binnenschiffer werden nach dem 1. Mai 1922 besondere Reisebrotmarken mit dem Aufdruck „Schifferbrotmarken" ausgegeben. (870

Lübeck, 18. April 1922.

Das Landesversorgungsamt.

Erna Westphal
Paul Peters
Verlobte.
Lübeck, Ostern 1922. (903

Für die Glückwünsche und Geschenke danken herzlich D. O.

Für die vielen Glückwünsche zu ihrer Verlobung danken herzlich
Erna Voß (883
Alwin Kösilka.

Am 2. Ostertag entschlief sanft mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Chaussee-Oberwärter a. D.

Christian Möller

in seinem 84. Lebensjahre. (902

In tiefer Trauer
Dorothea Möller,
geb. Jacob
und Kinder.
Lübeck, d. 18. April.
Heinrichstr. 24.

Trauerfeier am Freitag, dem 21. April, nachm. 3 Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes.

Sozialdem. Verein

Am Sonntag starb unser Genosse
A. Mauritz.
Ehre (880
seinem Andenken.

Beerdigung Freitag, d. 21. 4., vormittags 10½ Uhr, auf dem Gertrudenfriedhof. **Der Vorstand**

Suche für sofort einen
Hausburschen und Laufjungen.
866) **Grundmann,**
Schüsselbuden 32.

Kinderbettstelle z. verk. 879) Blumenstr. 15.

Deutscher Eisenbahner-Verbd.
Ortsgruppe Lübeck.

Am Sonnabend dem 15. April, verunglückte tödlich unser Kollege

Hermann Kanzler

bei der Ausübung seines Berufes als Rangierer.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, d. 22. April, nachm. 3½ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt. (889

Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Allen denen, die meinem lieben Manne, und unserm Vater die letzte Ehre erwiesen, und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere dem Verein d. Lübeck-Büchner Eisenbahner und d. Soziald. Verein Moisling, sowie Herrn Pastor Carstensen für seine trostreichen Worte unsern herzlichsten Dank. **Frau Plat Ww.** und Kinder.
Moisling. (890

Ein möbl. Zimmer für j. Mann ges. i. d. Nähe Geibelplatz. Ang. unt. A 105 an die Exp. (884

Sofatisch zu verk. (856 Augustenstr. 15 a I.

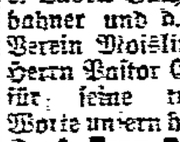
Schw. Sommerhut z. vkf. 873) Buckstr. 47, ptr.

1 gut erhalt. Fahrrad steht zu verk. (864 H. Kühl, Kottwitzstr. 71.

Kl. Eiertisch billig zu verkaufen. (862 Wielandstr. 4, part.

Seidenkleid, Gr. 44 neuer Herr.-Ueberzieher f. schl. Fig. Nach 3 Uhr Petri-Kirchhof 1—3, L.

3 jg. Legehühner z. vkf. 867) Kottwitzstr. 54, pt. l



Ferkel u. Jungsäue sind morgen von 6—7 Uhr in **Moisling, „Restaurant zur alten Post"** zu verk. (885

Gut erh. Kind.-Betrk. m. Matr. zu verk. oder gegen 1 schläf. Bettstelle zu vertauschen. (881 Trendelenburgstr. 11, II, l

Damenfahrrad zu kaufen gesucht. Ang. m. Preis unt. **A 106** an die Exp. (897

Gartenland zu pachten oder kaufen gesucht in der Gegend vom Markt. 868) **H. Kühl,** Kottwitzstr. 71.

Monopol-Trinkbranntweine

Gut Preiswert Rein

Leere Monopol-Flaschen
wenn unbeschädigt und nicht verunreinigt, werden **jetzt** zu **3 Mark** von den Verkaufsstellen zurückgenommen

Ausgabestelle für Monopol-Trinkbranntwein (896

Karl Schlüter, Lübeck, Lachswehr-Allee 39

1. Mai

ist nahe, daher bitte ich, die mir zugedachte Arbeit **rechtzeitig** aufgeben zu wollen, weil der Andrang in den letzten Tagen stets sehr groß ist.

Hochachtungsvoll (894

Rob. Czaikowsky
Schuhmacher. Rensefeld.

Tüchtiger
Revolverdreher
gesucht, der mit der Bedienung von Revolverbänken durchaus vertraut ist. (900

Drägerwerk
(Personal-Bureau).

100 Mk. Belohnung.

Eine rindlederne Brieftasche mit zirka 300 Mk. und Verbandsbuch (**Bauarbeiterverband**) am Sonnabend, 15. April verloren. Abzugeben in der Geschäftsstelle dieses Blattes. (865

Streichfertige Ölfarben
Pinsel, Lacke, Fußbodenöl
„Probat"
beste Friedensqualität
Ferd. Kayser.
(899)

Zahn-Praxis
W. Rylewsky
Breite Str. 7,
Telephon 1253.
Laboratorium sämtlicher zahntechn. Arbeiten, Umarbeiten schlecht sitzender Gebisse, Reparatur, rc.
Auswärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage fertiggehandelt. (880

Glasscheiben
aller Art, Kitt, Glasspachtel, Bilderleisten etc. (855
Oscar Tauchnitz, Glaserei, Fleischhauerstr. 35 F. 2408

Bin seit 3 Jahren a. gelähmten Unterleib mit furchtbaren
Hämorrhoiden
durch ein heilkräftiges Präparat Zacher's Patent-Medicinal-Seife heilbar. Ich bin 63 Jahre alt. Ausführl. Beschreibung „S. Polly-Berg." Dampf-Zachmann-Gesellschaft m. b. H. Dresden 6. Postfach.

Prima gelbkochende Speisekartoffeln
und prima
gelbe Steckrüben
empfiehlt (895
Wilh. Süßke,
Schwart. Allee 46 a.
Fernruf 8842.

(884

+Magerkeit+

Schöne volle Körperformen durch unser „Aegro" Kraftpulver in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreib. Preis Karton mit Gebr.-Anw. Mk. 20.— Porto extra.

Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
Lübeck, Ob. Mengstr. 10. (853

Eiform-Briketts
empfiehlt (893
Wilhelm Süßke,
Schwartauer Allee 46 a.
Fernruf 8822.

Die Kunst der freien Liebe.
Von Fritz Müller.
Mark 6.—
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße.

Mai-Festzeitung 1922

ist erschienen!
Preis Mark 1.20.

Zu beziehen durch unsere Zeitungsträgerinnen und in der
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Kommunistische Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunist. Internationale)
Ortsgruppe Lübeck.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

In Ausführung des Beschlusses der Berliner Konferenz der Exekutiven der drei Arbeiter-Internationalen demonstriert die Lübecker Arbeiterschaft am

Donnerstag, dem 20. April,
nachmittags 6 Uhr,
am alten Bahndamm:

„Für den Achtstundentag!"

Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die durch die Reparationspolitik der kapitalistischen Mächte ins Maßlose gesteigert wird!

Für die einheitliche Aktion des Proletariats gegen die kapitalistische Offensive!

Für die russische Revolution, für das hungernde Rußland, für die Aufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen aller Staaten mit Sowjetrußland!

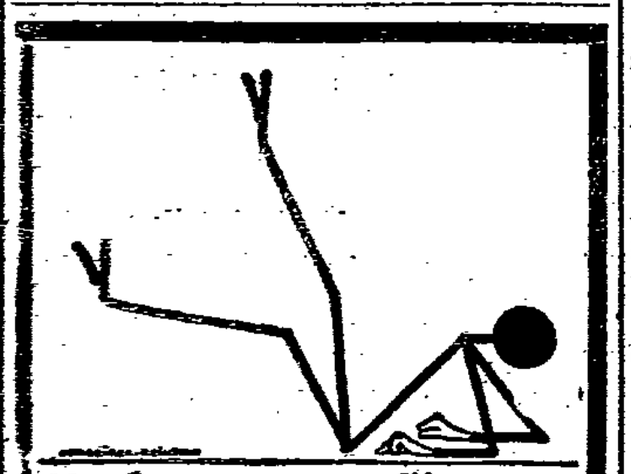
Für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront in jedem Lande und in jeder Internationale!"

Die Ansprache hält Genosse Landtagsabgeordneter
Schulz, Neukölln.

Proletarier Lübecks! Zeigt der Unternehmerklasse, daß Ihr gerüstet seid, ihre verbrecherischen Anschläge abzuwehren!

Erscheint in Massen! 887)

So lange Vorrat: ca. 2000 Pfund
Va. frisch. Kalbfleisch ℔ 15.—
Keule und Braten ℔ 16.— (892
Frisches Rindfleisch . 16.—
Kalbes Hals 24.— Schweres 24.—
O. Stöver, Wahmstraße 22. Tel. 2133.



So kann man stürzen
wenn man seine
Gummisohlen und Absätze
nicht in der
Reform-
Schuhwaren-Reparatur u. Besohlerei
(mit elektrischem Betrieb)
50 Hüxstraße 50
Robert Jentzen
machen läßt.
(904a)

Chorverein Lübeck
Mitgliedschaft d. Deutschen Arbeitersängerbundes.
Chormeister: Herbert Walter.

Freitag, den 21. April 1922
abends 8 Uhr

Gr. volkstümliches Konzert
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße

Mitwirkende: Herr **Kurt Heimberg,** Heldentenor vom hiesigen Stadttheater.
Am Klavier: Herr Kapellmstr. **Herbert Walter** vom hies. Stadttheater.
Frauen- und Männerchor.

Im Programm: Schubert, Mozart, Schumann, Lortzing, Nägeli, Kremser, Marschner u. a.

Eintritt für Nichtmitglieder 4.40 einschl. Steuer,
„ „ Mitglieder 2.20 „ „

Karten für Nichtmitglieder im Gewerkschaftshaus und bei den Mitgliedern.

Karten für Mitglieder nur bei den Boten u. **F. Lender,** Hundestr. 41.

Um zahlreichen Besuch bittet
861) **Der Vorstand.**

Konditorei Starke Kaffeehaus
Königstr. 25 Teleph. 8860
Täglich von 10 Uhr früh: **Frisches Gebäck!**
Künstler-Konzert ab 4½ Uhr nachm. (876
Lieferung. auß. d. Hause f. schnellste Erledig.

Adlershorst. 898 **Jeden Donnerstag: BALL.**

Sozialdemokr. Verein
Ortsgruppe Kücknitz. (901

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 21. April
abends 6 Uhr
bei Dieckelmann.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Aug. Schulz.**
2. Aussprache.
3. Maifeier.
4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet
901) **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck. (888

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, d. 20. April
abends 7 Uhr,
bei Lender, Hundestraße 41.

Tagesordnung:
1. Bericht über die am 18. April in Hamburg stattgefundenen gescheiterten Bezirkslohn-Verhandlungen.
2. Stellungnahme und endgültige weitere Beschlußfassung.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Mieterschutzverein Lübeck e. V.
Donnerstag, 20. April
abends 7½ Uhr
General-Versammlung
in den **Zentralhallen,** Dankwartsgrube.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht vom 1. Vierteljahr.
2. Ergänzungswahl des Vorstandes.
3. Die Wirkung der Ausführungsbestimmungen des Reichsmietegesetzes.
4. Innere Vereinsangelegenheiten. (874

Mitgliedsbücher legitimieren. Aufnahme neuer Mitglieder vor der Versammlung.

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung und Schäftefabrik. (857

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands!
Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Kücknitz.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, d. 20. April
abends 6½ Uhr
in Dieckelmanns Gasthof.

Tagesordnung:
1. Referat: „Die wirtschaftliche Lage". Referent: **H. Radden.**
2. Abrechnungen.
3. Anträge zum Gewerkschaftskongreß und Verbandstag.
4. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist vollzähliges Erscheinen erwünscht (891

Die Distriktsleitung.

Lübecker Hof
Schwartau.
Heute
Gr. Ballmusik
z. Schwartauer Markt.
Anfang 4 Uhr.
852) **K. Hecht.**

Hansatheater.
Heute Mittwoch **8 Uhr:** Ehrenabend **Schöngalla-Schüßler**
Der Tanz ins Glück.
Donnerstag **8 Uhr:** Geschloss. Vorstellung.
Freitag **8 Uhr:** Ehrenabend **Möllus-Vähl** (863
Mascottchen.

Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 19. April, 7.30: Zum letzten Male. **Der Barbier von Bagdad.** 34. Ab.-V. Bchst. B.
Donnerstag, 20. April, 7.30 Uhr: Gastspiel v. Frau Kammersängerin **Gahler** als Amneris in **Aida.** 35. Ab.-Vst. Bchst. C. Gutscheine haben keine Gültigkeit.
Freitag, 21. April, 7.30: Zum ersten Male: **Schneider Wibbel.** Komödie von Müller-Schlösser. (872 35. Ab.-Vorst. Bchst. C.
Sonnab., 22. April, 7.30: Zum letzten Male: **Bruder Straubinger.** 17. Vorst. i. Sonnab.-A.
Vorverkauf für die Festvorstellung **Freischütz** am 29. April an der Theaterkasse.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Mittwoch, den 19. April 1922. Nummer 91.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 19. April.

An die Ortsvereine der Sozialdem. Partei!

Zum Jugendtag Pfingsten 1922 in Rostock.

Das mecklenburgische Jungproletariat rüstet zu einer großen Festtagung in Rostock.

Der Jugendtag der „Arbeiter-Jugend-Organisation Mecklenburg-Lübecks“ wird weit über den Rahmen der Jugendbewegung hinaus auch für die erwachsene Arbeiterschaft von Bedeutung sein. Die Jugendtagung soll nicht nur der Festesfreude gewidmet sein, sondern soll auch eine wuchtige Kundgebung für Jugendschutz und Völkerversöhnung, und ein Bekenntnis und Treugelübde des Jungvolkes zum Sozialismus sein. Da diese Kundgebung nur dann eine machtvolle sein wird, wenn die gesamte arbeitende Jugend hieran Anteil nimmt, ersuchen wir die Parteigenossenschaft um tatkräftige Unterstützung. Wir bitten die Ortsvereine, einen Fonds zur Verfügung zu stellen, aus dem den Jugendlichen ein Zuschuß gewährt werden kann. Jeder Ort Mecklenburgs, auch derjenige, an dem noch keine Jugendorganisation besteht, müßte auf dem Jugendtag, wenn irgend möglich, vertreten sein.

Zwecks näherer Auskunft und Werbematerials wenden sich die Genossen an den „Arbeitsausschuß für den Jugendtag“, Paul Schulz, Rostock, Kabutzenhof 20.

Aus der Bürgerschaft.

Pünktlicher als sonst begann die Sitzung der Bürgerschaft und in wenigen Minuten war man mitten drin in der politischen Debatte. Temperamentvoll floß der Streit um Versailles und Kriegsschuld. Heiß und scharf erhob Gen. Dr. Leber seine Anklagen. Lahme Antworten legten sich langweilig über den Saal, als die Gegner der Reihe nach an die Klagemauer nationalistischen Schmerzes traten. Herr Mehlsen — Hausbesitzer — führte ein Trauerspiel in drei Akten auf. Wie Tartüff jammerte er Stein und Bein, und verlor schließlich den Faden und sich selbst; — oh Ironie des Schicksals — zur reinen Freude des hohen Hauses. Diese Freude erhöhte sich noch, als Herr Eckholdt mit hurrademokratischen Anwandlungen und zufriedenen Beigaben Naivitäten auskramte: „Beweiset den Franzosen, daß auch sie Schuld am Kriege haben, und sie zerreißen das Versailler Schriftstück und fallen Deutschland um den Hals“ — so meinte dieser Vorletzte des Fähnleins der 7 Aufrechten. Gott soll schützen Demokraten und Naive! Der patriotische Antrag Gehle fiel in die Wolfsschlucht, wo er lange schlummern mag. —

Auch beim zweiten Punkte platzten die Köpfe wieder aufeinander. Genosse Haut faßte den Herrn Bürgermeister wegen seiner Regimentsrede etwas unsanft an; verlegen antwortete der Senat und benutzte dabei den berühmten Satz des kleinen Michaelis: „Die Rede, wie ich sie auffasse!“ Ja, ja! Der Senat faßt manches anders auf als Bürgerschaft und Volk.

Dann geschah noch manches im Laufe des Abends. Herr Junge wetterte über Schlechtigkeit der Staatsbahnen und besang die Vorzüge der Privatbetriebe. Das Lied ist alt, bei Herrn Junge und seinem Trott bleibt es ewig jung. Der ruhende Pol in der politischen Erscheinung Flucht!

Ueber die Zustände in der Gewerbe- und über die Erhaltung der Baugewerkschule wurde ausgiebig verhandelt. — Genosse Passarge brachte wirkungsvolle Momente in die Debatte — und dann kam es noch bei dem Antrag zur Verbilligung der Milch zu einer Abwaschung der frumben Agrarier, denen Herr Henk die seidene Schnur vom Halse zu winden versuchte. Es lagen hierzu zwei Anträge von Genossin Mengel und Frau Zimmermann vor. Frau Greve beantragte weitere 2 Millionen Mark für die Verbilligung der Milch zu bewilligen, wozu sich die Bürgerschaft sofort bereit erklärte. Bald nach 10 Uhr wurde die Bürgerschaft vertagt. Bis auf 4 Anträge wurde die ganze Arbeit erledigt.

Genossin Bohm-Schuch

spricht am Donnerstag in der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im **Gewerkschaftshaus.**

Die Frauen

geht diese Versammlung besonders an. Sie müssen recht zahlreich erscheinen. Auch Frauen und Töchter unserer Genossen, die noch nicht Mitglieder unserer Partei sind, haben Zutritt.

Keine Demonstration!

Die hiesigen Kommunisten wollen am Donnerstag eine gemeinsame Aktion für die Einheitsfront und gegen den Kapitalismus veranstalten und zu diesem Zweck die sozialdemokratische Partei engagieren. Der Vorstand unserer Partei befaßte sich mit dieser Frage und kam zu dem Beschluß, gleich anderen größeren Städten die Demonstration mit dem 1. Mai zu verbinden. Den Kommunisten war es mit ihrem Angebot aber nicht besonders ernst, denn erst am Dienstag mittag kam Roß auf das Parteisekretariat. Am Abend aber schon stand in der Hamburger Volkszeitung der Aufmarschplan, den sich die Kommunisten selbst zurechtgemacht haben und zu dem die sozialdemokratischen Arbeiter gerade recht wären, die Staffage zu bilden. Auch mit Handzetteln wird in den Betrieben gearbeitet. Man sieht hieraus, wie hinterhältig die Kommunisten arbeiten.

Wir ersuchen unsere Genossen und Genossinnen, sich nicht auf den Leim locken zu lassen, sondern alle Kraft dazu zu verwenden, **unsere Demonstration am 1. Mai machtvoll gestalten zu helfen.**

Achtung, Delegierte des Ortsausschusses und Gewerkschaftsverbände. Morgen abend 7 Uhr wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus. Das Erscheinen aller ist unbedingt erforderlich. Die Vorstände des Konsumvereins, der Genossenschaftsbäckerei, der Arbeitsgenossenschaft und der Gem. Siedlungsgenossenschaft sind ebenfalls eingeladen. Der Vorstand des A. D. G. B.

Volkshochschule. Der dritte Unterrichtsabschnitt des dritten Schuljahres beginnt am 25. April. Auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen wird der Unterrichtsbetrieb in diesem Sommer bedeutend eingeschränkt. So werden voraussichtlich nur fünf Volkshochschullehrgänge eingerichtet: Religionswissenschaft (Pastor Jannasch), Wirtschaftsgeschichte (Dr. Leber), Mikroskopie (Dr. Möbuß), Botanische Ausflüge (Petersen), Heimatkundliche Führungen (Warncke). Vier Fortbildungs- und Fachlehrgänge sollen auf Antrag der Hörerschaft weitergeführt werden: Deutsche Sprachlehre (Carlau), Mathematik (Prof. Dr. Gaul), Zeichnen und Malen im Freien (Jürgens), Schwedisch (Frl. Schwartkopf). Für alle Lehrgänge werden noch Anmeldungen in der Geschäftsstelle, Langer Lohberg 24, täglich von 11 bis 1 und 5 bis 7 Uhr, entgegengenommen. Nähere Auskunft daselbst.

Die Zentrale für private Fürsorge verlegte ihre Geschäftsräume nach Johannisstraße 47/49. Alle Betriebe müssen aber infolge des Umzuges noch einige Zeit geschlossen bleiben.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Donnerstag findet das 2. Gastspiel von Frau Kammersängerin Cahier statt. Die Künstlerin singt die Amneris in „Aida“.

Hansa-Theater. Heute Mittwoch 8 Uhr Ehrenabend von Friedel Schöngalla und Paul Schüßler. Beide Kräfte zählen wohl zu den Lieblingen des das Hansa-Theater besuchenden Publikums, so daß gewiß auf ein voll besetztes Haus zu rechnen ist. Gegeben wird die Operette: „Der Tanz in's Glück“.

Angrenzende Gebiete.

Kiel. Von einer Kreuzotter gebissen wurde am zweiten Ostertage ein 14jähriges Mädchen aus Kopperpahl. Es hatte mit Jugendfreunden am Rande eines Moors gespielt und war dabei ganz überraschend von einer Kreuzotter in den Arm gebissen worden. Spielkameraden banden die Wunde ab, trugen die Kleine, die nach einiger Zeit Schwächeanfälle bekam, nach dem nächsten Ort, baten einen Bauern um ein Fuhrwerk und brachten sie in ärztliche Behandlung. Anschließend wurde sie den Akademischen Heilanstalten in Kiel zugeführt, wo sich ihr Befinden besserte.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 18. April.

Vorsitzender G. Ehlers. Beginn 6,10 Uhr.

Es wird in die Beratung des Antrages Gehle eingetreten Als erster Redner hatte das Wort:

Dr. Leber: In der letzten Sitzung der Bürgerschaft hat die Deutsche Volkspartei zwei Anträge eingebracht, die große politische Debatten auslösen mußten. Solche politischen Auseinandersetzungen führen naturgemäß zu scharfen Zusammenstößen zwischen den verschiedenen politischen Richtungen dieses Hauses — und es ist gut so. Denn wir legen Wert darauf, bei jeder Gelegenheit mit Messerschärfe den Strich zu ziehen, der uns von den Anschauungen der rechtsstehenden Parteien trennt. Und wir glauben, daß jede Partei solchen sauberen und geraden Trennungsstrich zwischen sich und ihren Gegnern ziehen muß. Dann ist es uns aber unverständlich, wie Herr Evers, der Sprecher der Volkspartei, die ja gerade diese politische Debatte verursachte, sich mit moralischer Gebärde hinstellen konnte, um sich über den scharfen politischen Ton zu beklagen. In anderer Hinsicht allerdings könnte er sich einer sehr dankbaren Aufgabe unterziehen. Wie wäre es, wenn Herr Evers seinen eigenen Parteifreunden mal eine kleine Standpauke hielte, daß sie persönliche Angelegenheiten aus diesem Saale fernhielten? Denn was hat mein Alter mit der Politik zu tun, oder auch die Tatsache, daß ich leider immer noch unverheiratet bin? Ich komme zu der Sache, d. h. dem Antrag Gehle der deutschen Volkspartei selbst. Herr Gehle hat den Antrag ja lang und breit begründet. Leider hat er dabei immer zwei Sachen vermengt, nämlich die Unausführbarkeit des Vertrages von Versailles und die Frage nach der Kriegsschuld. Darüber, daß der Versailler Vertrag unausführbar und deswegen zu hart ist, werden in diesem Hause wohl alle Parteien einig sein. Und daß es das Ziel jeder deutschen Politik sein muß, diesen Frieden auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen, darüber ist wohl auch kein Zweifel möglich. Wenn Herr Gehle aber glaubt, eine solche Revision auf dem Wege über die Kriegsschulddebatte zu erreichen, so ist er in einem gewaltigen Irrtum begriffen. Denn die Feststellung der deutschen Kriegsschuld im Eingangskapitel des Versailler Schriftstückes ist doch nur ein Entente-Schönheitspflästerchen. In Wirklichkeit baut sich der ganze Vertrag auf der These auf: Macht geht vor Recht. Und diese These ist nicht nur ein Leitsatz der Entente, sondern es war das Leitmotiv der wilhelminischen Politik und ist heute noch das Heiligtum der deutschen nationalistischen Parteien, also auch der Volkspartei. Wer wünscht, daß die Entente von ihrem einseitigen Machtstandpunkt abrücke, um statt dessen nach dem Grundsatz: „Recht steht über aller Macht“ zu handeln, der muß zunächst bei sich selber anfangen.

Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17.

Von Henni Lehmann.

10. Fortsetzung.

Bei Frau Meyer und bei Frau Müller hielt sich die Katze nicht auf. Bei Frau Meyer erklang wie immer gleichmäßiges, festes Schnarchen, das das Zeichen eines soliden Gewissens und eines kräftigen Körpers ist, und bei Frau Müller und der kleinen Martha war wie immer alles lautlos still.

Bei Harenholds war es auch ruhig. Das Fenster im Schlafzimmer war geöffnet, und die Katze hockte sich auf das verbeulte Fensterblech davor, mitten zwischen die grünen Weinranken, die in der stillen Sommernacht regungslos in halbem Mondlicht schwebten. Die Betten der Mädchen standen zunächst am Fenster. Ines schlief ruhig und traumlos, wie ein müder Mensch nach gutgetaner Arbeit schläft. Die Hände hatte sie vor sich auf die Decke gestreckt, die Brust hob sich in langsamen, gleichmäßigen Atemwellen. Die feinen Lippen in dem schmalen, klaren Gesicht, das im Schatten lag, waren fest geschlossen. Aber über Benitas Antlitz huschte das Mondlicht. Sie wandte das Haupt hin und her, mit leise lächelnden, leicht geöffneten Lippen, und die Hände haschten im Spiel durch die Luft, wie wenn sie Schmetterlinge greifen wollten.

Die weiße Katze hatte ihre Inspektion beendet. Satt war sie auch. Sie ging nach Hause.

VI.

Walter und Benita. Frau Loncha langweilt sich und macht Besuche.

Benita hatte aus dem Zusammenbruch ihre Mandoline gerettet. Allerlei bunte Bänder, bemalt, bestickt, gemustert, flatterten lustig von dem braunen Holz herunter, und es ließ dem Mädchen gut, wenn sie die Mandoline im Schoß hielt und mit ihrer weichen, noch halb kindlichen Stimme allerlei Lieder, deutsche und spanische, zu den einfachen Akkorden sang. Für Rose, die so etwas nie kennen gelernt, war der Gesang der Freundin ein beglückendes Erlebnis, um dessen Wiederholung sie ständig nachsuchte.

Es war ein heller Sommersonntag. Der Himmel war fein und glänzend wie ein blaues Seidentuch; weiche Wolken standen in leichten Streifen tief am Rande; auf allen Blättern der Bäume am Stadtwall war ein blankes Glitzern, und die Vögel sangen. Im Alten Staden Nummer 17 war Sonntagsstille, wie sie in dem kribbelnden Ameisenhaufen dieses Hauses selten war. Ein Duft blühender Kastanien hing auch in den verwickelten Gängen und den niedrigen Stuben; er schwebte über dem eigenartigen Geruch, der sonst das Haus wie ein Atem vielfachen unfreundlichen und unschönen Elends füllte.

Benita saß auf einem niedrigen Stühlchen vor Roses Bett; sie hielt die Mandoline im Schoß und fingerte mit ihren zierlichen Händen über die Saiten. Den Kopf hatte sie leicht vornüber geneigt; das dunkle Haar war heute von einer phantastisch großen schillernden Schleife zusammengehalten und hing in großen Wellen über dem Rücken hinab. Das Mädchen sang mit halber Stimme ein süßes spanisches Volksliedchen. Die verhaltenen Töne hatten etwas Weiches und träumerisch Lockendes, wie das Gurren einer Waldtaube, und Rose lauschte mit glänzenden Augen. Sie sah, über die Freundin hinwegblickend, wie eine schlanke Gestalt in feldgrauer Uniform in der geöffneten Tür des Nebenraumes erschien, aber sie hielt den Ruf zurück, da der Jüngling leicht den Finger auf die Lippen legte. So fuhr Benita fort, zu singen, und er lauschte regungslos und schweigend, bis sie geendet. Seine Blicke hingen an der fremdartigen, holdseligen Gestalt der Singenden. Ein letzter leiser, gebrochener Akkord verhallte. —

„Walter, ach, Walter, bist du da?“ rief Rose. „Walter!“

Er war an das Bett getreten und hatte sich herzlich zu dem kranken Mädchen geneigt und ihre Hand ergriffen.

„Meine liebe kleine Rose, da bin ich. Du hast gute Gesellschaft gefunden inzwischen.“

Benita hatte zuerst nur leise das Haupt gewandt, nun flog sie empor.

„Sie sind Walter Greefe, Roses Freund. — Ich weiß ja von Ihnen. — Kommen Sie aus dem Schützengraben?“

„Ziemlich direkt“, lachte Walter; „aber heute nacht habe ich doch schon bei Mutter in meinem guten Bette geschlafen, und heute früh hat sie geholfen, ihren großen Jungen sauber zu machen. So wie ich gestern war, als ich ankam, hätte ich mich Ihnen nicht zeigen mögen, Fräulein“ — er zögerte — „Fräulein Sängerin“, schloß er.

„Das ist meine Freundin Benita Harenhold,“ stellte Rose vor; „sie wohnt auch hier im Hause.“

Walter sah etwas erstaunt und mitleidig auf die zierliche Gestalt, die so wenig in den Alten Staden 17 zu passen schien. Es war, als ob Benita seine Gedanken erriet.

„Wir haben früher in der Hauptstraße gewohnt,“ sagte sie leise, „aber Vater ist gefallen, und nun sind wir hier.“

„Und ich bin froh, daß sie hier ist. Die Tage sind nicht mehr so lang und traurig, seit Benita zu mir kommt.“

„Ach, Rose, ich bin ja auch so froh, daß ich dich habe. Es ist sonst niemand hier im Hause, zu dem ich gehen mag, und Ines, — das ist meine Schwester, — ist jetzt fast den ganzen Tag in der Handelsschule. Sie lernt Buchführung und Schreibmaschine und Stenographie, weil sie in eine Stellung gehen will. Wenn sie erst recht viel verdient, können wir vielleicht wieder eine schöne Wohnung nehmen.“

„Aber du mußt mich immer besuchen, auch wenn du fortziehst,“ bat Rose.

Walter hatte, am Fenster lehnend, den Reden der Mädchen gelauscht.

„Ich habe dir auch etwas mitgebracht, — ein Bild, Rose,“ sagte er.

Er zog ein flaches Päckchen aus der Tasche.

„Es ist die Kathedrale von Laon,“ sagte er; „ich habe sie selbst photographiert, und für dich, Rose.“

Das Mädchen sah freudig auf das Bildchen, das sie behutsam in den Händen hielt. Benita hockte sich neben dem Bett nieder, um gleichfalls sehen zu können. Sie wies auf die zierliche Durchbruchsarbeit der Säulchen und Bogen des stumpfen Türmepaares hin.

„Das mag ich leiden,“ sagte sie; „das sieht aus wie feine steinerne Spitzen. Das ist viel schöner als die Kirchtürme hier, die alle so steif und hart und schwer sind.“

Walter erklärte nun auch die Bilder des Kircheninnern, die er nacheinander zeigte. Er beschrieb den farbigen Glanz des Innern, der durch die Fensterrosen in das Kirchenschiff einstrahlt.

„Mutter hat auch ein Bild einer spanischen Kirche in ihrem Kasten,“ rief Benita. „Sie müssen es sich ansehen, wenn Sie uns einmal besuchen.“

„Wird denn Ihre Mutter erlauben, daß ich komme?“

„Mutter freut sich, wenn einmal jemand kommt. Es ist jetzt immer so still und traurig bei uns, gar nicht wie früher; da hatten wir immer Besuch. Sie müssen ihr etwas erzählen, am besten etwas Lustiges. Sie lacht gerade so gern wie ich. Vom Kriege müssen Sie gar nicht mit ihr sprechen; das ist zu widerwärtig, sagt sie.“

„Vom Kriege spreche ich überhaupt daheim nicht gern,“ sagte Walter, und es flog ein schwerer Schatten über sein junges Gesicht. „Was man da draußen gehört und gesehen hat, das ist so furchtbar und so erdrückend, darüber kann man nicht sprechen, ich wenigstens nicht. Vielleicht später einmal, wenn das alles lange her ist und man nicht mehr so mitten drin steht. — Aber wer weiß, wer von uns die Zeit noch erlebt!“ — (Fortsetzung folgt.)

Die Volkspartei hat also überhaupt nicht das moralische Recht, solche Anträge zu stellen. Die jetzige deutsche Regierung, in der meine Partei eine ausschlaggebende Rolle spielt, steht auf dem Standpunkt, daß eine Aufrollung der Kriegsschuldfrage nur die nationalistischen Leidenschaften neu aufwühlen würde. Sie würde also nur schaden und nichts nützen, — denn was wir brauchen, ist eine nüchterne und ehrliche Verständigung über das Mögliche und Vernünftige. Ist vor allem eine klare Aussprache über die Wiedergutmachung und über andere wirtschaftliche Notwendigkeiten. Keinesfalls aber kann Europa jetzt eine große internationale Debatte wünschen über die Vorkriegspolitik und über die Kriegsschuld. Dieser Standpunkt der Reichsregierung ist auch unser Standpunkt. Wir lehnen den Antrag Gehle deshalb ab. — Nehlsen (Arbg.) unterstützt den Antrag Gehle. — Heilborn (Komm.) glaubt, Dr. Leber in der Ansicht unrecht geben zu müssen, daß Macht vor Recht gehe. Politik sei nur eine Frage der Macht. Das kommunistische Manifest beweise dies. Die Rechtsparteien verständen es sehr gut, ihre Macht im Interesse ihrer Klasse wahrzunehmen. Die sozialdemokratische Partei habe ihre Macht in der Regierung nicht genügend ausgenützt. — Eckholdt (Dem.) hält diese Auseinandersetzung hier für unangebracht. Doch sei seine Fraktion der Anschauung, daß mit der Schuldfrage der Friedensvertrag stehe und falle. Das deutsche Volk sei betrogen worden. Man habe die Macht ausgenützt und das Recht gebeugt. Wir möchten die unerträgliche Last zurückweisen. Die Demokraten verlangten auf alle Fälle eine Revision des Friedensvertrages, damit dem Volke die Bürde genommen werde. — Gehle (DV.) geht auf die verschiedenen Ausführungen ein und betont, daß das deutsche Volk nicht die Schuld am Kriege trage. (Zuruf bei den Komm.: Aber die deutschen Kapitalisten!) — Reimpell (DN.) pflichtet dem Antrage Gehle in allem bei und polemisiert gegen die Ausführungen Dr. Lebers. — Dr. Leber (Soz.) wendet sich gegen die Hintergedanken des volksparteilichen Antrages. Das Drama des Herrn Nehlsen sei völlig unbedeutend. Dagegen müsse Herrn Heilborn erwidert werden, daß dessen authentische Auslegung von Marx völlig daneben schlage. Man müsse hier zwischen äußerer und innerer Politik unterscheiden. Macht könne auch durch die Demokratie ausgeübt werden. Nur wenn die Arbeiterklasse völlig rechtlos sei, müsse sie zur Macht greifen. Heute hätte die Arbeiterklasse die Macht nicht, weil es zu viele Heilborne gebe. Marx und Engels ständen auf der Seite der Sozialdemokratie. Gegenüber Herrn Eckholdt müsse gesagt werden, daß selbst eine tatsächliche Darlegung der Schuldfrage zugunsten Deutschlands an den heutigen Verhältnissen gar nichts ändern würde. Die Sozialdemokratie habe Deutschland niemals die Alleinschuld zugemessen. Frankreich brauche den Frieden von Versailles, um dem Volke sein Versprechen vorzugaukeln. Zudem hätten die deutschen Nationalisten mit ihren scharfmacherischen Tendenzen die Hauptschuld an den heutigen französischen Repressivmaßnahmen. Der Frieden müsse ohne Schuldfrage auf Grund vernünftiger Verhandlungen gelöst werden. Die Aufpeitschungen der nationalistischen Pressen aller Länder müßten zuerst aufhören und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten in den Vordergrund treten. — Der Antrag Gehle wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Ein Antrag Nickel (Komm.) über Freifahrt Arbeitsloser zu neuen Arbeitsstellen kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Dr. Gebhardt (DN.) stellt einen Abänderungsantrag zur Wohnsteuer.

1. Antrag: **Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der Beamten u. w. d. a.** — Beck u. Genossen (Soz.) stellten folgende Anträge:

1. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, den Vertreter Lübecks im Reichsrate und den lübeckischen Gesandten in Berlin anzuweisen, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß endlich die Grundgehälter in der Besoldungsordnung für die unteren Gruppen den heutigen teuren Zeiten entsprechend erhöht werden.

2. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die lübeckischen Behörden anzuweisen, die in dem Senatsantrage Nr. 99 vom 12. 4. 22 unter Ziffer 6 vorgesehene Wirtschaftsbeihilfe an die Beamten und Angestellten vorschußweise sofort auszubezahlen.

3. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, dahin zu wirken, daß die Ortschaft Reeke nach Ortsklasse C, Harmsdorf nach D noch nachträglich eingestuft werden.

Heilborn (Komm.) fordert sofortige Erledigung der Schiedsgerichtsverhandlungen betr. Beamtenbesoldung. — Haut (Soz.) geht auf Einzelheiten der Beamtenforderungen ein. Die reichsgesetzliche Vorlage sei nur angenommen, weil die Beamten vorerst nicht mehr erreichen konnten. Auch heute sei die Vorlage nicht befriedigend. Die Verhältnisse seien heute weit überholt. Gerade die unteren Gruppen seien schwer benachteiligt. Man glaube, diese Gruppen enthielten mehr als die bestbezahlten. Das sei unrichtig. Gruppe 3 erhalte 12 780 Mk. Durchschnittszulage. Auf die ersten 10 000 Mk. sollen 60 Prozent Teurungszulage gewährt werden, über 10 000 Mk. 30 Prozent. Das beziehe sich nur auf die ersten 10 000 Mk. Die höheren Beamten erhielten mehr. Hier zeige sich das Hindernis des Sperrgesetzes. Ziehe man die neue Steuerskala hinzu, dann würden sich für die höheren Gruppen besondere Vorteile ergeben. Gruppe 3 erhalte 14 700, Gruppe 13 dagegen 32 000 Mk. Zulage. Die untersten Gruppe erhalte 531 resp. 581 Mk. Wochengehalt. Derartige Sätze entsprächen den heutigen Verhältnissen durchaus nicht. Der Vertreter Lübecks im Reiche müsse für Abänderung der ungerechten Besoldung eintreten. Nach den veränderten Teuerungsverhältnissen könne auch den oberen Gruppen die volle Teuerungszulage nicht mehr vorenthalten werden. Doch seien einige Einwendungen zu machen. Redner fordert in dieser Hinsicht erst die Regelung im Reich. Die Ehrenzulage des Bürgermeisters gebe zu einigen Bemerkungen Anlaß. Bei der Regimentsfeier habe der Bürgermeister nicht im Auftrage der Bürgerschaft gesprochen. Wenn eine Repräsentationspflicht zu erfüllen sei, dürften nicht Reden gehalten werden, die zu Denkschriften Anlaß geben. Dieser Ausfall sei aber bei der Rede des Bürgermeisters zu machen. Weiter geht der Redner auf die Notwendigkeit der sofortigen Auszahlung der Wirtschaftsbeihilfen ein. Die Notlage der Beamten und Angestellten sei groß. Das Ersuchen unter Nr. 3 müsse erfüllt werden. — Senator Kulenkamp wendet sich gegen den dem Bürgermeister bei der Regimentsfeier gemachten Vorwurf. Der „Volksbote" habe der Rede eine falsche Auslegung gegeben. Es sei ein natürliches Empfinden, wenn man die Zertrümmerung des Heeres als ein großes Unglück bezeichne. Der Zusammenbruch des Reiches sei ein großes Unglück. Der Republik sei der Bürgermeister nie zu nahe getreten. Uebrigens habe der Herr Bürgermeister nicht im Namen der Bürgerschaft, sondern rein persönlich gesprochen. Es entspreche nicht der Uebung, gegen Aeußerungen auf Festlichkeiten Einspruch zu erheben. — Senator Vermehren betont, den Spitzenorganisationen sei es möglich gewesen, Verbesserungen in den Gehaltsfragen zu erzielen. Aus Berlin sei die Nachricht eingetroffen, daß die Besprechungen über die Wirtschaftsbeihilfe am 20. ds. stattfinde und man hoffe, daß dann auch die Auszahlung der Wirtschaftsbeihilfe vor sich gehen könne. — Junge (Arbg.) sieht in der Vorlage eine große Ausgabe, doch müsse sie im Interesse der Existenzfähigkeit der Beamten geleistet werden. Die Behörden arbeiteten mit der größten Sparsamkeit. Ueberschreitungen seien nur bei Gehältern und Teuerungszulagen zu verzeichnen. Doch würden diese gegenüber den Privatangestellten zurückstehen. Es sei noch notwendig, die Arbeitspflicht nachzuprüfen. Ungenügend Beschäftigte könnte der Staat nicht mehr durchschleppen. Groß seien die Anforderungen der Gewerbetreibenden, z. B. die Bahnfrage. Da frage es sich, ob die Arbeitspflicht bei der Bahn erfüllt werde? Bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn gehe es besser. Sie begehle noch angemessene Tinkbede. Wer im Gebietsleben übermäßigen Preise nehme sei ein Wucherer und verstoße sich an seinen Mitmenschen. Genau so sei der Arbeiter ein Wucherer, der seine Arbeitspflicht nicht erfülle. — Gehle (DN.) stimmt der Vorlage und den Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion zu. Die Beamten müßten endlich das Geld ausbezahlt erhalten, damit sie wieder Freude zur Qualitätsarbeit bekommen. — Senator Dr. Vermehren: Die Berechnungen werden bereits angestellt, damit die Gelder sofort ausgezahlt werden können. — Haut (Soz.): Die Antwort vom Senatstisch konnte man erwarten. Der Widerspruch aus der Versammlung müßte dem Senat aber beweisen, daß auch andere Kreise der Auffassung waren, daß der Bürgermeister sich zweideutig bei der Regimentsfeier ausgesprochen hat. Unsere Meinung ist, daß die Revolution von 1918 kein großes Unglück, sondern ein Glück für Deutschland war. Die Vertagung über die Teuerungszulage ist zu bedauern. Wovon sollen denn die Beamten und Angestellten leben? Die niedrigen Gehälter zwangen ja dazu, daß im vorigen Monat Vorschuß gezahlt werden mußte, der wieder abgezogen wird. Um der Notlage zu steuern, muß sofort Abhilfe geschaffen werden. Herrn Junge sei zu erwidern, daß nicht die Beamten und Angestellten die hohen Frachtkosten verursachen, sondern die hohen Kohlenpreise. Die Lübeck-Büchener Eisenbahn z. B. hat ausdrücklich betont, daß sie mit der Leistung ihrer Angestellten vollkommen zufrieden ist. — Senator Kulenkamp erklärt, daß der Herr Bürgermeister die bemängelten Worte bei der Regimentsfeier nicht gebraucht hätte, wenn er eine derartige Auslegung geahnt haben würde. — Dinter (Arbg.) stellt ein Ersuchen, sämtliche Eingaben von Beamten und Angestellten zunächst von einer Empfangsstelle zu beantworten und den Zeitpunkt der endgültigen Erledigung anzugeben. — Neufeldt (Dem.) stimmt den Anträgen Beck und Genossen zu. Die Lübecker Beamten müßten genau so bezahlt werden, wie im Reich. — Heilborn (Komm.) stimmt gleichfalls dem sozialdemokratischen Antrag zu. Die Gehälter der unteren Beamten seien durchaus nicht ausreichend. Wenn der Bürgermeister seine Stellung dazu benutze, um nationalistische Propaganda zu treiben, könnte seine Fraktion der Erhöhung einer Ehrenausgabe nicht zustimmen. — Junge (Arbg.) ist der Ansicht, daß bei der Lübeck-Büchener Bahn mehr gearbeitet werde als bei den Reichseisenbahnen. — Senator Dr. Vermehren erklärt, Lübeck werde alles tun, um einen gerechten Ausgleich der Beamtenbesoldung auch auf dem Landgebiet durchzusetzen. — Weiter betont der Redner, die Selbstverwaltung der Schule sei von so großer Bedeutung, daß sie nicht nebenher behandelt werden könne. — Senator Kulenkamp sieht in dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ein Unrecht gegenüber den Rektoren der Mittelschulen. — Haut (Soz.) polemisiert gegen Neufeldt, der glaube, man dürfe nicht differenzieren. Man müsse die Besoldung vom 1. Oktober v. J. prüfen, die Herr Neufeld selber mit beraten und wobei er das große Unrecht gegenüber den unteren Beamten gesehen habe. Bei den oberen Beamten habe sich eine Steigerung von über 50 000 Mark gegenüber 4000 Mark der unteren Gruppen ergeben. Die prozentualen Zuschläge würden sich nach oben gewaltig auswirken. Die Rektorenfrage habe nicht die Bedeutung, die ihr der Senat beilege, insbesondere, wenn man die kommende Selbstverwaltung in Betracht ziehe. — Der Senatsantrag wird angenommen. Ebenso die Anträge Beck und Genossen. — Ein Zusatzantrag Heilborn wird abgelehnt. — Gehle zieht seinen Antrag zurück. — Der Antrag Heilborn betr. sofortige Erledigung der Schiedsgerichtsverhandlung in Leipzig über die strittigen Punkte der Beamtenbesoldung wird angenommen.

2. Antrag: **Schaffung von 10 neuen Gewerbelehrerstellen an der Gewerbeschule.**

3. Antrag: **Schaffung von 3 weiteren Gewerbelehrerstellen an der Gewerbeschule.**

6. Antrag: **Instandsetzung der Räume der Burgmädchenschule.**

Passarge (Soz.): Den Anträgen können wir ohne weiteres nicht zustimmen. Mit der Festanstellung der Lehrer an der Gewerbeschule fragt es sich, ob die Baugewerkschule heute noch haltbar ist. Der Staatszuschuß ist im Verhältnis zur Schulfrequenz zu groß. Auf einen Lehrer kommen 3 Schüler. Zudem ist nur ein geringer Prozentsatz Lübecker. Bei einer event. Auflösung der Baugewerkschule kann man vielleicht die Lehrer in die Gewerbeschule hinübernehmen. Ein Ausbau der Handwerkerschule kann dabei geprüft werden. Die Leitung der Gewerbeschule muß praktischer arbeiten. Es bestehen doch Schülerausschüsse, die man bei der Aufstellung des Stundenplanes hätte heranziehen müssen. Gerade das Handwerk ist an der Schulzeit interessiert. An der Gewerbeschule ist noch allerhand reformbedürftig. Redner bittet die Anträge dem Haushaltsausschuß zu überweisen. — Senator Dr. Vermehren erklärt, es handle sich bei dem einen Antrag nur um eine formale Erledigung. Die Lehrer unterrichten schon seit langen Jahren an der Schule. Eine neue Lehrkraft werde nicht geschaffen, 3 neue Stellen müßten der hohen Dringlichkeit wegen geschaffen werden, um der Ueberstundenarbeit entgegenzuwirken. Die Nachfrage nach technischen Lehrern sei groß. Eine Aufhebung der Baugewerkschule bedinge noch nicht die Anstellung deren Lehrkräfte an der Gewerbeschule. In der Hauptsache kommen hier akademische Lehrkräfte in Betracht, denen man die Tätigkeit an der Gewerbeschule nicht zumuten könne. Noch vorigem Winter habe sich die Bürgerschaft für den Winterbestand der Baugewerkschule ausgesprochen. Man solle hier nicht mit der Frage spielen, sondern klipp und klar sagen, was man wolle. Die Unsicherheit sei der Schule zum Schaden und mindere die Schülerzahl. Die baldige Erledigung der Vorlage liege auch im Interesse der Volksschule. — Dr. Gebhardt (DV.) ist für den ersten Antrag; für die beiden andern wünscht der Redner Kommissionsberatung. Mit der Baugewerkschule müsse man endlich ins Reine kommen. — Senator Kulenkamp bittet, die Leiden der Baugewerkschule endlich zu beenden und zu einem endgültigen Schluß zu kommen. Die Burgschule bedürfe einer dringenden Renovierung und zwar einer sofortigen. — Wandke (Dem.) bedauert die Unsicherheit der Baugewerkschule. Dabei melde sich kein Schüler in die unteren Klassen. Sei ein allgemeiner Abbau notwendig, müsse sich auch die Baugewerkschule darin finden. Solange man aber neue Schulen gründe, wie z. B. die landwirtschaftliche Winterschule dürfe man die notwendige Weitererhaltung der Baugewerkschule nicht vernachlässigen. Ueberflüssige Lehrkräfte seien dort nicht vorhanden. An der Gewerbeschule sei manches reformbedürftig, was an mangelnden Lehrkräften liege. Man habe sich vielfach auf Hilfskräfte verlassen müssen, ohne Rücksicht auf deren Eignung. Das bedauere insbesondere die Oberschulbehörde. Zu einer Gesundung der Verhältnisse an der Gewerbeschule müsste vor allem die Disziplin der Schüler mit beitragen. Bedauerlich sei noch der geteilte Unterricht an einzelnen Volksschulen. — Ambrosius (Dem.) hält den früheren Beschluß der Bürgerschaft, die Baugewerkschule ohne genügende Nachprüfung weiterbestehen zu lassen, für falsch. Unter den heutigen Verhältnissen sei eine Nachprüfung erforderlich. — Heilborn (Komm.) fragt, wieviel Lehrkräfte auf die 25 Schüler der Baugewerkschule entfallen. — Passarge (Soz.) schließt aus der Debatte die Notwendigkeit einer Nachprüfung. Der Zustand der Domschule sei bedauerlich und könne geändert werden. Die Schüler der Gewerbeschule müßten die Disziplin selbstverständlich respektieren, es komme aber auch darauf an, daß tüchtige Lehrkräfte vorhanden seien, die sich den nötigen Respekt verschaffen und erzieherisch wirken. Tüchtige Lehrkräfte seien vorhanden, doch werde deren erzieherische Kraft von einzelnen Kollegen unterbunden. Auch in den Schülerausschüssen seien tüchtige Kräfte vorhanden, die man heranziehen müsse. — Senator Dr. Vermehren: Die Zahl der Lehrer an der Baugewerkschule ist 10. Der Sommer weise bei allen Baugewerkschulen einen geringeren Besuch auf. Das Bild würde sich mit einem Schlag ändern, wenn der Bestand der Schule gesichert sei. — Heilborn (Komm.) ersieht aus der Antwort des Senats die Notwendigkeit der Auflösung der Baugewerkschule. — Dr. Gebhardt zieht seinen Antrag zurück, der Antrag Passarge wird angenommen.

4. Antrag: **Nachbewilligung für das Einquartierungswesen.** — Ambrosius (Dem.) bemängelt die späte Forderung der Steuerbehörde resp. des Finanzamtes. Redner fragt, ob damit die Gesamtkosten des Einquartierungswesens endgültig erledigt seien. — Der Senatsantrag wird angenommen.

5. Antrag: **Erhöhung der Vergütung für Ueber-, Vertretungs- und Nebenstunden an den öffentlichen Schulen.** — Förster (DV.) stellt das Ersuchen, daß die Vergütung für Ueberstunden an öffentlichen Schulen den Teuerungsverhältnissen entsprechend geregelt wird. — Der Senatsantrag wird angenommen, das Ersuchen Försters abgelehnt.

7. Antrag: **Erhöhung der Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** — Wird angenommen.

8. Antrag: **Erhöhung der Löhne für das Personal der Lübecker Straßenbahn.** — Wird angenommen.

9. Antrag: **Abänderung des Gesetzes vom 16. Januar 1895, betreffend die allgemeine Kirchenkasse.** — Wird angenommen.

10. Antrag: **Erhöhung der Ruhegehälter für Dr. med. Hoffstaetter und Professor Dr. med. Pauli.** — Neufeld (Dem.) fordert prozentuale Festsetzung des Ruhegehaltes. — Nickel (Kom.) fordert auch für Stiftsdamen entsprechende Festsetzung der Ruhegehälter. — Der Senatsantrag wird angenommen. — Das Ersuchen Neufelds abgelehnt.

11. Antrag: **Aenderung des Straßenbahntarifs.** — Klann (Komm.) lehnt den Antrag ab. Die Festsetzung der Preise müsse Aufgabe der Bürgerschaft sein. Der Verkehrsausschuß und die Finanzbehörde werden bei der Festsetzung der Preise nur als Anhängsel gebraucht. Viele könnten die Fahrpreise heute nicht mehr bezahlen. — Die Senatsvorlage wird nach dem Antrag des Ausschusses angenommen.

12. Antrag: **Wiederholter Antrag, betreffend den Erlaß eines siebenten Nachtrages zum lübeckischen Gewerbegerichtsgesetze vom 25. 11. 1905 und eines fünften Nachtrages zum Ortsstatut für das Kaufmannsgericht zu Lübeck vom 20. Juni 1906.** — Nickel (Komm.) lehnt die Vorlage nach der vorliegenden Fassung ab, weil dem Unternehmer der nachweislich entstandene Schaden, dem Arbeiter aber nur eine bestimmte Summe bewilligt werde. — Senator Dr. Stooß glaubt, der Vorredner habe die Vorlage nicht richtig gelesen, denn das, was er herauslese, stehe garnicht darin. Auch der Arbeiter werde voll entschädigt. — Roß (Komm.) wünscht die Herstellung der alten Vorlage. Die meisten der Beisitzer, die keine Arbeiter seien, würden keine Einbuße erleiden. — Dreger (Soz.) fordert der Billigkeit wegen die Ersetzung des Arbeitsverlustes neben der Vergütung. Ein Widerspruch mit dem Reichsgesetz entstehe dadurch nicht. — Senator Dr. Stooß behauptet, das Reichsgesetz lasse diese Forderung nicht zu. — Evers (DN.) glaubt, daß auch der Arbeitgeber durch die Tätigkeit Verlust erleide, der allerdings nicht ziffernmäßig zu erfassen sei. Der Arbeiter müsse natürlich für seinen Verlust entschädigt werden, eine gewinnbringende Tätigkeit dürfe daraus aber nicht erwachsen. — Löwigt (Soz.) fordert gleiche Behandlung für alle. Auch der Arbeiter habe besondere Aufwendungen an Kleidern usw. Es liege an der Hand des Gewerbevorsitzenden, die Stunden so festzusetzen, daß kein Arbeitsverlust entstehe. — Senator Dr. Stooß: Die letztere Anregung soll wiederholt weitergegeben werden. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

13. Antrag: **Sicherungsanlagen für den Bahnhof Dänischburg.** — Ziesenitz (Arbg.) wünscht genauere Bezeichnung der Postbestellbezirke im Industriegebiet und stellt ein Ersuchen, daß das Gebiet postalisch als Stadtgebiet behandelt wird. — Der Senatsantrag wird angenommen; ebenso das Ersuchen von Ziesenitz.

14. Antrag: **Instandsetzung der Fassade des Hauses Königstraße 81.** — Dr. Gebhardt (DV.) versteht es nicht, daß hierfür ein besonderer Zuschuß gewährt wird und beantragt Ueberweisung an den Ausschuß für das Bau- und Wohnungswesen. — Roß (Komm.) lehnt den Antrag ab. Vermögenden Leuten brauche man keinen Baukostenzuschuß zu gewähren. — Der Antrag Dr. Gebhardts wird angenommen.

15. Antrag: **Nachbewilligung für Arbeiten beim Flugplatz Blankensee.** — Wird angenommen.

16. Antrag: **Mittel zur Verbilligung der Milch.** — Hierzu werden die Anträge von Frau Mengel (Soz.) und Frau Zimmermann (DV.) beraten. Der Antrag von Frau Mengel lautet: Die im Sozialdemokratischen Verein organisierten Lübecker Frauen ersuchen Senat und Bürgerschaft dringend, geeignete Schritte zu unternehmen um dem durch nichts gerechtfertigten Milchwucher, der unsern Nachwuchs auf das Schwerste bedroht, und die Not der Alten ins Unerträgliche steigert, entgegen zu wirken. — Der Antrag von Frau Zimmermann lautet: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, die bezüglich der Regelung der Milchpreise aufgestellten Richtlinien dahin abzuändern, daß in Zukunft als Grundlage für den jeweilig zu zahlenden Milchpreis nicht mehr der für die auf den Butterauktionen erzielte Butterpreis ausschlaggebend ist. — Frau Mengel macht auf die steigenden Milchpreise aufmerksam, die es unmöglich machen, daß Kinder und alte Leute Milch kaufen könnten. Selbst Herr Bastian habe früher erklärt, daß diese hohen Preise nicht notwendig seien. Rednerin verliest einen Artikel aus der „Gleichheit", in dem die Zuwendungen an die Landwirtschaft richtig gewertet werden. Der Mais sei nicht zur Viehfütterung, sondern zur Schnapsbereitung benutzt worden. — Frau Zimmermann (DN.) geht auf Vorkommnisse des Landesversorgungsamtes ein. Die Butter könne so hoch sein, wie sie wolle, wenn nur die Milch billig sei. Um den Milchüberfluß aufzuheben, errichte man jetzt Milchtrocknungsanstalten, so z. B. in Kurau für die Stadt Frankfurt. Es müßten Mittel gefunden werden, um der Bevölkerung billige Milch zu verschaffen. — Henk (DN.) erklärt, der Milchpreis sei schon zur Friedenszeit nach dem Butterpreis festgesetzt worden. Lübeck habe von den Großstädten immer die billigsten Milchpreise. Hätten die Landwirte in unserer Umgegend dieselben Milchpreise genommen wie in Kiel, dann hätten die Lübecker im letzten Jahre über 2 Millionen Mark mehr bezahlen müssen. Die Landwirte müßten sehr teure Futterpreise bezahlen. Sie hätten auch für Kinder und Arme besondere Zuschüsse gewährt. Die Milchlieferung nach Lübeck sei für die Landwirte das schlechteste Geschäft. Trotzdem liefere die Landwirtschaft die Milch nach Lübeck. Die Milch sei nur um das 32fache gestiegen, die landwirtschaftlichen Bedarfsartikel um das 80- bis 100fache. — Frau Greve (Komm.) fordert die Kontrolle für die verbilligte Milch ausschließlich dem Wohlfahrtsamt zu übertragen. Die Milch werde im Sommer auch nicht billiger, trotzdem die teuren Futtermittel nicht in Betracht kommen. — Dreger (Soz.) bezeichnet den sog. scherzhaften Ton des Herrn Henk als Ausrede. Ein großes Opfer brächten die Landwirte nicht. Deren Organisationen sollten ihre Berufskollegen auf ihre Menschenpflicht aufmerksam machen. Buchmäßig sei das Entgegenkommen der Landwirte gleich Null. Den Angaben der Landwirte, die rücksichtslos über das Volksinteresse hinweggehe, schenke das Volk keinen Glauben mehr. Die Landwirte handelten nur im Eigen- und nicht im Volksinteresse. Sie versuchen mit allen Mitteln dem Volke die Lebensmittel vorzuenthalten und zu verteuern. Die Bauern wissen gar nicht mehr, wie sie ihr Geld anwenden wollen. Dabei fügen sie dem deutschen Volke unermeßlichen Schaden zu. — Senator Hoff: Das Jugend- und das Wohlfahrtsamt werden die Verteilung vornehmen. Ein Drittel soll für Kinder und werdende Mütter sein, zwei Drittel für Alte und Gebrechliche verwandt werden. Weiter gibt Senator Hoff eine Uebersicht über den gefährdeten Gesundheitszustand der Kinder, wie sie im Volksboten veröffentlichten. — Der Senatsantrag wird, nachdem noch einige weitere Redner gesprochen haben, angenommen. Die Anträge der Frau Mengel und Frau Zimmermann werden ebenfalls angenommen. Ein im Laufe der Debatte von Frau Greve (Komm.) gestellter Antrag auf Bereitstellung von weiteren 2 Millionen Mark zur Verbilligung von Milch für Bedürftige findet gleichfalls Annahme.

Antrag 17: **Nachtrag zum Gesetz vom 30. 3. 1918, betreffend die Ueberwachung des Kassen- und Rechnungswesens wird mit einem Zusatzantrag Ambrosius (Dem.) angenommen.**

Um 10,15 Uhr wurde die Vertagung der Sitzung beschlossen.

Sozialdemokratischer Lehrertag.

SPD. Hamburg, 17. April.

Am Sonnabend trat hier der Sozialdemokratische Lehrertag zusammen. Aus allen Teilen des Reiches waren zirka 120 Delegierte erschienen. Neben ihnen hatte sich eine große Zahl von Gästen eingefunden, unter denen man Staatssekretär Genosse Heinrich Schulz und den Berliner Oberstadtschulrat Genosse Paulsen, sah. Die proletarische Jugend Hamburgs verschönte den Eröffnungsabend durch Darbietungen ihrer proletarischen Kunst. Im Namen des Senats und der Freien Stadt Hamburg begrüßte Schulsenator Genosse Krause die Tagung und entwarf ein Bild von der schulpolitischen und kulturellen Tätigkeit, die mit besonderem Erfolg in Hamburg von der Sozialdemokratie im Verein mit der Lehrerschaft seit Jahrzehnten entfaltet worden ist. Im Namen der hamburgischen Lehrer sprach Genosse Leuteritz.

Der Hauptausschuß der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer Deutschlands trat bereits am Sonnabend zu seinen ersten Verhandlungen zusammen. In der Hauptsache galten sie der Abfassung dreier Entschließungen zur Frage der Aufbauschule, der freien Schule und der Lehrerbildung.

Am Ostersonntag begannen die eigentlichen Verhandlungen des Plenums. Heinrich Schulz eröffnete die Tagung mit einer Würdigung der Lehrerbewegung seit der Revolution und mit der Ueberbringung der Grüße des Parteivorstandes. Genosse Roß, Präsident der Hamburger Bürgerschaft, begrüßte die Versammlung im Namen der hamburgischen Parlamentsfraktion und der Landesorganisation der Partei. Die Landesregierungen Preußen, Sachsen, Württemberg und Baden haben für die Einladung Dankschreiben gesandt, sind aber auf der Konferenz nicht vertreten. Die thüringische Landesregierung hat den Regierungsrat Genossen Jakobi und das braunschweigische Staatsministerium den Regierungsschulrat Genossen Stölzel entsandt. Von der Berliner Mission des sowjetrussischen Volkskommissariats für Bildnug sind drei Journalisten entsandt worden. Von der Reichstagsfraktion ist erschienen Genosse Hellmann, der zugleich die Grüße des Zentralbildungsausschusses der SPD. überbrachte. Nach weiteren Begrüßungsansprachen der Vertreter verschiedener Fraktionen der Landesparlamente und eines Mitgliedes der Hamburger Elternkammer erstattet Stadtschulrat Genosse Köster-Altona sein Referat

„Elternrecht und Schule."

Das Elternrecht, das nach der Revolution zur Geltung kam, hat, wenn es zu weit gespannt ist, gewisse Gefahren. Nicht nur der Sozialismus, sondern auch die Kirche hat in manchen Gegenden einen großen Einfluß auf die Elternschaft. Andererseits führt das Selbstbestimmungsrecht in vielen Fällen dazu, daß die Schulart von den Eltern oft in einseitiger Weise bestimmt wird. Daher ist der Uebergang mancher Rechte auf die Lehrerschaft und die Uebernahme der Arbeit durch den Elternrat wünschenswert. So muß im sozialen Interesse auch das Bestimmungsrecht über die fernere Laufbahn an den Lehrer übergeben werden. Aehnlich liegt es mit der Weltanschauung. Wenn zwischen Eltern und Lehrerschaft mit den Paragraphen gearbeitet wird, ist es genau so zu Ende, als wenn in der Ehe Mann und Frau mit dem Gesetzbuch gegeneinander arbeiten. Vertrauen auf beiden Seiten ist notwendig.

Der Referent legt der Versammlung folgende Leitsätze vor:

1. Individualismus und Sozialismus sind Gegensätze, die auch im Recht an der Sule nicht restlos zum Ausgleich kommen.

2. Das Recht der Eltern an der Schule findet eine Grenze am Recht des Kindes, am Recht der Gemeinschaft und am Recht des Lehrers.

3. Im Widerstreit des Eltern- und des Kinderrechts steht Recht des Kindes höher als das der Eltern.

4. Die Rechte der Gemeinschaft (heute repräsentiert durch den Staat) bedingen bei der heutigen Schule eine Verminderung der Elternrechte an der Arbeit der Schule.

5. In der Mitarbeit der Eltern liegt keine Einschränkung, sondern eine Ergänzung der Arbeit des Lehrers.

An Stelle der verhinderten Genossin Wegscheider sprach Genossin Elisabeth Schäfer zu demselben Thema. Sie bedauerte, daß die Elternbeiräte ebensowenig wie das Frauenwahlrecht die an sie geknüpften Hoffnungen erfüllt habe und fordert, daß die Eltern-Mitarbeit nicht wie ein Fremdes der Schule aufgepfropft wird. Ihre Richtlinien haben folgenden Wortlaut:

„Die Schulgemeinschaft muß zur lebendigen Zelle der neuen Gesellschaft werden. Daher erheben wir die Forderung:

daß die Eltern nicht nur durch die politische Vertretung in Gemeinde und Staat, sondern auch als Freunde ihrer Kinder persönliche Mitarbeiter an der Schularbeit werden.

Sie haben solche Mitarbeit zu leisten:

1. als Mitlernende, Mitlehrende und Mitlebende im Gemeinschaftsleben der Schule,

2. als organisierte Elternschaft die Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft.

Sie werden das nur leisten können, wenn sie sich völlig von den patriarchalischen Vorstellungen einer äußerlichen Elternautorität befreien und mit Ernst und Eifer in Gemeinschaft mit der Lehrerschaft das Wesen eines kindesgemäßen Gemeinschaftslebens erkennen und fördern helfen."

Debattelos wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Zweite Sozialdemokratische Lehrertag wendet sich mit größter Entschiedenheit gegen den Beschluß des Dreißigsten Ausschusses des Reichstages zum § 1 des Reichsschulgesetzes. Er sieht darin den Versuch, der Gemeinschaftsschule ihre verfassungsmäßig gewährleistete Vorzugsstellung zu nehmen und damit den Wortlaut und Sinn der Verfassung in dem auf dem Weimarer Schulkompromiß beruhenden Artikel 146 zugunsten der Bekenntnisschule zu verleugnen. Er wendet sich an die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit der dringenden Bitte, angesichts der offenkundigen Preisgabe eines der wesentlichsten Teile des Weimarer Schulkompromisses auch für die SPD. wiederum die volle Freiheit der Entschließung gegenüber dem geplanten Schulkompromiß in Anspruch zu nehmen.

Durch diese Stellungnahme zugunsten der Wahrung der verfassungsmäßigen Hervorhebung der Gemeinschaftsschule wird die grundsätzliche Stellung zur Gemeinschafts-(Simultan-)Schule nicht berührt.

Die sozialdemokratische Lehrerschaft hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß schon der Regierungsentwurf für das Reichsschulgesetz in der vorgelegten Form nicht annehmbar ist; der Lehrertag macht sich in dieser Beziehung die Erklärung des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer zu eigen. Er fordert grundsätzlich als die der demokratischen Republik und der sozialistischen Lebensauffassung allein völlig entsprechende Schule die weltliche Gemeinschaftsschule und erwartet von den Vertretern in der Partei im Reichstag und in der Regierung, daß sie in erster Linie für diese Schule eintreten.

Insbesondere aber fordert er von der Regierung, daß sie sich einer weiteren Verschleppung der gesetzmäßigen Anerkennung der weltlichen Schule mit allen Mitteln widersetzt. Die Verzögerung der Ausführungsbestimmung zu Artikel 146 der Verfassung hat schon jetzt unser Schulleben aufs schwerste geschädigt; eine weitere Verschleppung würde die Freunde der weltlichen Schule zu Gegenmaßregeln zwingen, die im Interesse unserer Schule und unserer Kinder, wenn irgend angängig, vermieden werden müßten.

Der Sozialdemokratische Lehrertag fordert daher von der Reichsregierung für den Fall, daß ein der Verfassung entsprechender Gesetzentwurf nicht in allernächster Zukunft zustande gebracht werden kann, die sofortige Vorlage eines Notgesetzes, das die verfassungsmäßig gewährleistete Anerkennung der weltlichen Schule in die Wirklichkeit überführt."

In einer einstimmig angenommenen Resolution zur Lehrerbildung wird eine schleunige Verabschiedung eines Gesetzes gefordert, in dem bestimmt wird, „daß fortan alle Lehrer ihre allgemein wissenschaftliche Vorbildung durch das vollständige Durchlaufen einer zur Hochschulreife führenden höheren Lehranstalt und ihre berufliche Ausbildung durch ein vollständiges Hochschulstudium erwerben müssen". Weiter wird einstimmig angenommen eine Entschließung, die sich gegen die Versuche wendet, „die Durchführung des Grundschulgesetzes durch Einrichtung von Privatzirkeln und durch frühzeitige Zusammenfassung der intellektuell Begabten zu untergraben". Die Parteigenossen in allen Orten werden aufgefordert, Kontrollausschüsse zu bilden, die alle Umgehungen des Grundschulgesetzes sofort dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und dem Reichsministerium des Innern melden. Der Deutsche Lehrerverein wird aufgefordert, diese Bestrebungen zu unterstützen.

In der mehr als drei Stunden währenden Diskussion kommt manche Zustimmung, aber auch manche Kritik zu den Referaten zum Ausdruck. Nach den Schlußworten der Referenten kommt man zu folgendem Ergebnis:

Ein Antrag Hamburg kommt in Verbindung mit Punkt 2, 3 und 4 der Leitsätze Köster und den Leitsätzen Wegscheider — die die Genossin Schäfer vorlegte — von den Worten „sie haben ...." an zur Verhandlung. Der Antrag Hamburg lautet:

„Solange das Schulleben noch Gegenstand des Kampfes zwischen Mächten außerhalb der Schule ist, kann eine rein pädagogisch eingestellte Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrern nicht erwartet werden. Mit allem Nachdruck muß jeder Versuch, das Elternrecht am Schulleben zum Mittel und Deckmantel politischen und kirchlichen Machtstrebens zu machen, bekämpft werden. Um die Mitarbeit der Eltern tatkräftig zu fördern, muß schon heute: 1. ihr Mitwirken bei der Erziehungsarbeit innerhalb und außerhalb der Klasse auf gesetzliche Grundlage gestellt werden.

Zu Punkt 3 der Leitsätze Köster wird folgender Antrag angenommen: „Das Recht des Staates als Träger der Gemeinschaft steht höher als das Recht der Eltern und Erziehungsberechtigten. Staatsrecht bricht Elternrecht.

Diese Gesamt-These zum Elternrecht wird sodann einstimmig beschlossen.

Nach Annahme weiterer Entschließungen die

1. die Parteigenossen auffordert, den Gefahren, die den allgemein politischen Bestrebungen der Partei durch die christlich-evangelische Elternbewegung erwachsen, zu begegnen,

2. es allen parteigenössischen Lehrern und Lehrerinnen zur Pflicht macht, mit den Elternbeiräten zusammen zu arbeiten und den Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft beauftragt, eine rege Agitation über die Bedeutung der Elternbeiräte und der Mitwirkung der Elternschaft in der Schule zu entfalten,

3. von den Fraktionen der Landesversammlungen fordern, daß sie in der Frage der Selbstverwaltung der Schule zu einer schnellen und gründlichen Regelung kommen, die den Elternbeiräten ihre Rechte gibt und ihre Ausübung durch die Verpflichtung der Aufbringung der Mittel durch die Schulverbände ermöglicht,

wird die Tagung auf Montag vertagt.

*

In der Montagssitzung behandelten die Genossen Sonnemann-Bremen und Zobel-Kassel das Thema „Wir Lehrer in der Partei". Sie legten in ihren Referaten Gedanken zu Grunde, die dem Lehrertage gedruckt vorlagen. Nach einer mehr als sechsstündigen Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen müssen Schulter an Schulter mit der Parteigenossenschaft kämpfen, um die Ideen des Sozialismus in die Tat umzusetzen. Im Berufe bietet sich mannigfach Gelegenheit, durch sozialistische Beispiele zu wirken und dadurch Kinder, Eltern und Kollegen bestimmend zu beeinflussen. In den Mittelpunkt aller Erziehungsarbeit muß der Gemeinschaftsgedanke gestellt werden. Er wird, richtig angewandt, alle Verhältnisse umgestalten. Selbstverständlich muß die Parteipolitik aus der Schule verbannt sein. Außerhalb des Berufes bietet sich dem sozialdemokratischen Lehrer eine vielfache Möglichkeit der Betätigung durch Mitarbeit an der Jugendbewegung, der sozialen Fürsorge, den mancherlei Bildungsveranstaltungen der Arbeiterschaft und an der Parteipresse. Nicht nur durch die Mitwirkung der Großstadtlehrer an diesen Aufgaben, sondern vor allem auch durch die tätige Partei- und Bildungsarbeit der parteigenössischen Landlehrer als Kulturträger auf vorgeschobenem Posten vermag die sozialdemokratische Lehrerschaft zur Verbreitung und Verwirklichung sozialistischer Ideen regste Mitarbeit zu leisten. Den Lehrern in der Partei erwächst aus der Grundauffassung unseres Berufs in besonderem Ausmaße die Aufgabe, zwischen der im Dienste des Sozialismus kühl berechnenden, Schritt für Schritt um Neuland ringenden Art des Politikers und dem rein gefühlsmäßigen idealistisch eingestellten, von Begeisterung und Tatkraft durchglühten sozialistischen Menschen unserer Tage eine lebensvolle Verbindung aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde kann sich die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen nicht damit begnügen, auf schulpolitischem Gebiete theoretische Kenntnisse zu erarbeiten, es ist vielmehr eine Lebensfrage für sie, diese Ansichten innerhalb der Partei zu vertreten und mitzuwirken an der Bildung des schulpolitischen Willens dem wechselnden Lande gegenüber. Von der Partei erwartet sie weitgehendste Förderung der diese Ziele verfolgenden sozialistischen Lehrerbewegung, rückhaltlose Unterstützung aller schulfortschrittlichen Maßnahmen in kommunalen Körperschaften und Parlamenten und besondere Unterstützung aller schulfortschrittlichen Maßnahmen in kommunaln Körperschaften und Parlamenten und besondere Unterstützung und Schutz der parteigenössischen Lehrer gegen alle reaktionären Kräfte.

Mit dieser Entschließung war die Hauptarbeit des zweiten Tages des Sozialdemokratischen Lehrertages beendet. Nach Erledigung einer großen Anzahl von Anträgen, die eine lange Debatte verursachten, schloß Heinrich Schulz um 5 Uhr nachmittags die Tagung.

Aus aller Welt.

Großer Waldbrand bei Lauban. Ein umfangreicher Waldbrand kam am ersten Osterfeiertage in den Waldungen der Stadt Lauban zum Ausbruch. Mit unglaublicher Schnelligkeit ergriffen die Flammen die dichten Fichtenbestände am sogenannten „Fürstenblick", so daß die Feuerwehren Laubans und der umliegenaen Ortschaften vor eine schwere Aufgabe gestellt waren. Zu alledem herrschte großer Wassermangel. Erst nach vielstündiger, mühevoller Arbeit gelang es, des Brandes Herr zu werden.

Zwei Deutsche durch französische Soldaten ermordet. Am ersten Osterfeiertag wurde in Gleiwitz der Schlosser Browietz von einem französischen Soldaten ohne Grund angeschossen. Die Kugeln verwundeten den Schlosser derart schwer, daß er in hoffnungslosem Zustande ins städtische Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Im Hüttengasthaus Friedrichshütte wurde der Arbeiter Wollnick von einem französischen Soldaten erschossen. Nach der Tat entfloh der Soldat auf einem Rad.

Eisenbahnunglück in Spanien. Ein Personenzug ist auf der Fahrt nach Madrid entgleist. Es gab mehrere Tote und Verwundete.

Genossenschaften.

Die Verbandstage der Revisionsverbände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beginnen mit den Tagungen des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine am 6. Mai in Salzuflen (Lippe) und des ostdeutschen Verbandes am gleichen Tage in Stettin. Es folgen der Verband Thüringer Konsumvereine am 13. Mai in Gera, württembergischer Vereine am 13. Mai in Ehingen, mitteldeutscher Vereine am 24. Mai in Dessau, bayerischer Vereine am 20. Mai in München, sächsischer Vereine am 25. Mai in Bautzen, schlesischer Vereine am 24. Mai in Görlitz, rheinisch-westfälischer Vereine am 25. Mai in Elberfeld und der Revisionsverband südwestdeutscher Konsumvereine am 25. Mai in Karlsruhe. Die Dauer aller Tagungen ist, wie üblich, auf zwei Tage berechnet.

Zusammenwirken von ländlichen Erzeuger- und städtischen Verbrauchergenossenschaften. In einer Versammlung der Konsum- und Spargenossenschaft für Westschleswig, Sitz Husum, in Langenhorn, wurde eifrig über den direkten Warenaustausch zwischen Erzeugern und Verbrauchern gesprochen. Der erste praktische Versuch soll mit der Eierversorgung gemacht werden.

Riesenauflage eines Genossenschaftsblattes. In stetem Fortschritt befindet sich die Auflagezahl des „Konsumgenossenschaftlichen Volksblattes", besonders seit der Umänderung und Erweiterung seines Inhalts mit Beginn dieses Jahres. Das im Verlag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu Hamburg erscheinende Blatt hat von Januar an bis jetzt bereits eine Vermehrung seiner Auflage um rund 115 000 auf 904 121 erfahren. Es ist also offenbar auf dem besten Wege zur Erreichung der zunächst erstrebten Million. Hoffentlich wird die günstige Entwickelung durch die unvermeidliche Preiserhöhung, zu der die unerhörte Steigerung aller Unkosten infolge des Valutasturzes gebieterisch zwingt, nicht gestört. Auch die Verbreitung der anderen Presseorgane des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine macht erfreuliche Fortschritte. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" erhöhte seit dem 1. Januar ihre Auflage um rund 1600 auf 18 244, das „Internationale Genossenschafts-Bulletin" um rund 1000 auf 2900 Exemplare.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Der Trompeter von Säkkingen, Oper von Viktor Nessler. Man glaubte den Nesslerschen „Trompeter" schon seit manchem Jahr selig entschlafen, aber „Behüt' dich Gott, es wär so schön gewesen": Ostern war auch für ihn die Auferstehung von den Toten. Zahlreich erschienen die Teilnehmer an diesem Ereignis im Theater und herzlich und dankbar gestaltete sich die Begrüßung mit ihm. Soll man nun darob schelten, daß die Theaterleitung den Jung-Werner aus geschäftlichen Gründen — andere dürften wohl nicht maßgebend gewesen sein — wieder von der „häßlichen Einrichtung" zu singen und zu blasen Gelegenheit gab, oder daß das Publikum nicht lieber den wertvolleren „Barbier aus Bagdad" als den „Trompeter" aus Säkkingen aufsuchte? Damit würde nichts gewonnen sein. Viktor v. Scheffels in mehreren hundert Auflagen erschienene Dichtung, der durch die Bearbeitung allerdings manches von ihrer Frische genommen ist, sowie die mancherlei leicht behaltbaren Lieder haben der Oper einst zu einer großen Volkstümlichkeit verholfen, die inzwischen jedoch stark verblaßt ist. Sie wird auch nicht wiederkehren, denn über den Mangel echter, nicht nur geschickt gemachter, Musik kommt man nicht dauernd hinweg. Von der Wiedergabe am Sonnabend läßt sich mancherlei Gutes berichten. Herr Dietz war ein stattlicher, geschmackvoll singender Jung-Werner, dem nur noch in der Darstellung etwas mehr Ungezwungenheit zu wünschen wäre. Für das Trompetenblasen sorgte Herr Lesle aufs Beste. Anmutig, lieblich und reizvoll verkörperte Fräul. Bruhn die Maria. Der alte trinkfrohe Freiherr liegt Herrn Immendorf besonders gut. Hans Schubert als Konradin, Hermann Schrötter als komischer Damian und Emma Opel, die vertretungsweise unter die Sängerinnen gegangen war, als Gräfin, setzten sich erfolgreich für ihre Aufgaben ein. Die Maifeier hatte Frau Stolze arrangiert, die selbst als Spitzentänzerin ein Beispiel graziöser Kunst gab, dem ihre Damen gern folgten. Für die angemessene Inszenierung sorgte Herr v. Borgardt, während Herr Kapellmeister Stekel die Zügel der musikalischen Leitung in festen Händen hielt. An Beifall fehlte es nicht.

Troubadour, Oper von Verdi. Frau Charles Cahier, eine Künstlerin, deren Namen in Europa und Amerika seit Jahren einen hohen Klang besitzt, fand am Ostermontag erstmalig ihren Weg nach unserer städtischen Bühne. Was sie als Azuzena bot, war wirklich reifste Kunst. Ihr Organ ist noch immer von edler Schönheit; ihr Gesang von feinster Kultur, ihr Spiel von bezwingender Eindringlichkeit. Man konnte vergessen, daß die rachebrütende alte Zigeunerin nur eine Opernfigur ist, und erlebte etwas von einem Menschenschicksal. Als Leonore bewarb sich Ilka Vanderot vom Regensburger Stadttheater um die Nachfolge von Fräul. Bruhn. Gewiß, die Stimme ist kräftig, sie klingt auch in der Mittellage recht gut, aber an der Höhe scheint es zu mangeln, so daß man einem Engagement nicht ohne Bedenken entgegensehen müßte. Zur Entfaltung darstellerischer Fähigkeiten gibt die Rolle nur wenig Gelegenheit und Bemerkenswertes in dieser Hinsicht war nicht zu beobachten. Frau Cahier wurde sehr gefeiert. Herr Kapellmeister Stekel liebte beschleunigte Tempi, die den Leuten auf der Bühne mancherlei Schwierigkeiten zu bereiten schienen. []

Matthäuspassion von J. S. Bach. Der Philharmonische Chor des Vereins der Musikfreunde heiligte den Karfreitag durch eine Aufführung von Johann Sebastian Bachs gewaltiger Passionsmusik nach dem Evangelium Matthäus. Fast auf den Tag 193 Jahre nach der ersten öffentlichen Wiedergabe unter Bachs eigener Leitung in der Thomaskirche zu Leipzig (15. April 1729), deren Kantor er seit dem 1. Juni 1723 war. Während aber damals die „künstliche, theatralische Musik" des kühnen Neuerers das herzliche Mißfallen der Leipziger Gesephilister erregte, erfüllt uns heute ohne Rücksicht auf unser Glaubensbekenntnis diese Passionsmusik mit heiligen Schauern. Einzige Voraussetzung ist, daß wir ein musikempfängliches Herz mitbringen. In seiner Matthäuspassion gibt Bach eine musikalische Darstellung von Christi Leidensweg nach der Erzählung des Evangelisten Matthäus. Das Werk gliedert sich in zwei Teile. Der erste behandelt die Leidensgeschichte bis zum Garten Gethsemane und der Flucht der Jünger. Der zweite Teil bringt die Gerichtsverhandlung vor dem Hohenpriester, die Kreuzigung und die Grablegung. Den Text lieferte Bach ein junger Leipziger namens Henrici (Picander). Ein Riesenaufgebot an vokalen und instrumentalen Mitteln ermöglichte Bach ein Tonbild von einer Großartigkeit und Farbenpracht, wie es sich schöner und wuchtiger nicht denken läßt. Ein Riesenapparat muß in Bewegung gesetzt werden, wenn die Matthäuspassion Bachs die ihr allein würdige Wiedergabe erfahren soll. Der Philharmonische Chor hatte sich denn auch nicht nur eine stattliche Reihe von Solisten gesichert, sondern auch Mitglieder des Lübecker Lehrer-Gesangvereins sowie die Vereinigung für kirchlichen Chorgesang zur Bewältigung der hehren Aufgabe herangezogen, während unser Sinfonie- und Theaterorchester den instrumentalen Teil ausführte. An Stelle Karl Mannstaedts, der aus irgend einem uns unbekannten Grunde an der Leitung verhindert war, dirigierte Wolfgang Martin. Da er erst in letzter Minute eingesprungen war, gereicht es ihm zum großen Lobe, daß er das Schiflein mit großer Umsicht ohne Fährnis er-

folgreich in den Hafen gesteuert hat. Der gewaltige Chor setzte sein bestes Können ein. Die Solopartien sangen Irene Schmidt-Weitbrecht aus Hamburg (Sopran), Hedwig Rode aus Osnabrück (Alt), Paul Toedten aus Duisburg (Tenor), Heß van der Wyk aus Berlin (Baß) und Michael Dietz vom hiesigen Stadttheater — durchweg Sänger, die alles mitbrachten, was ihre Partie erfordere. Das Kolosseum war bis auf den letzten Platz besetzt; manchmal hätte man eine größere Ruhe wünschen mögen. Daß ein nicht unerheblicher Bruchteil der Konzertbesucher immer so wenig Rücksicht auf die anderen Zuhörer nimmt, ist eine recht bedauerliche Erscheinung. —a.

Hansatheater.

„Der Tanz ins Glück“, Operette von Robert Stolz. Die Verfasser des Textes, Robert Bodanzky und Bruno Hardt-Warden, hätten die Geschichte ebenso gut „Das Monokel am blauen Band“, „Graf für einen Tag“ oder auch „Wer's Glück ha, führt die Braut heim“ überschreiben können. Es wäre auf dasselbe hinausgekommen. Denn ohne das Monokel am blauen Bande, daß der Friseurgehilfe Fritz Wendelin im Logen-Buffetraum des Varietees „Alhambra“ findet, wäre er niemals von Lissy, der Tochter des Hutfabrikanten Mutzenbecher, für einen Grafen angesehen worden. Und wenn auch seine gräfliche Würde nur so lange vorhält, bis der richtige Graf auf der Bildfläche erscheint, so hat er sich doch bereits das Herz der Hutfabrikantentochter insoweit erobert, daß er mit ihr zum Tanze ins Glück antreten und die Braut heimführen darf. Es ist dieselbe Geschichte, die man aus anderen Operetten schon genugsam kennt. Die Musik, welche Robert Stolz zu dem Text geschrieben hat, klingt gefällig, ohne jedoch sonderlich die Gemüter aufzuregen. Für einen hübschen Rahmen hatte Willi Raven als Spielleiter Sorge getragen. Den Friseurgehilfen, der sein Glück macht und die Braut heimführt, gab Paul Schüßler recht ansprechend. Friedel Schönaalla (Lissy) war ihm eine anmutige Partnerin. Eine pikante Varietee-Diva stellte Lissy Niemz hin. Köstlich, wie immer, war Reinhold Wolf als Logenschließer Platzer. Die vorkommenden Tänze hatten Oberspielleiter Kunze und Frau Viebig-Schmidt einstudiert. Kapellmeister Haehner bemühte sich redlich, musikalisch aus der Operette das Menschenmögliche herauszuholen. Das gutbesuchte Haus zeigte sich recht beifallsfreudig. Für die Hauptdarsteller fielen gefüllte Riesen-Ostereier und andere schöne Sachen zum Zeichen der Anerkennung ab. -o-

Allerlei Wissenswertes.

G. H. **Die Kometen des Jahres 1922.** In diesem Jahre sind zwei periodische Kometen mit kurzer Umlaufszeit „fällig“, die uns höchstwahrscheinlich auch diesesmal vergeblich warten lassen und enttäuschen werden. Es handelt sich um die Kometen Brorsen und Perrine, von denen der erste in einer Periode von etwa über 5 Jahren um die Sonne läuft, während der zweite etwa ein Jahr länger braucht. Der Komet Brorsen ist zuletzt im Jahre 1890 beobachtet worden. Es ist anzunehmen, daß er verschollen ist und der Geschichte angehört. Der Komet Perrine ist zum letztenmal im Oktober 1909 beobachtet worden und hat damals nur für den Besitzer eines Teleskops Interesse. Auf seiner Rückwanderung durch unser Sonnensystem kann im Laufe des Js. der Komet Encke, einer der pünktlichsten kurzperiodischen Haarsterne, verfolgt werden, der sich im ersten Vierteljahr 1922 infolge seiner scheinbaren Sonnennähe nicht beobachten ließ. Man findet ihn das ganze Jahr über in dem Tierkreisbild des Wassermannes, in dem bis vor kurzem die Sonne in ihrem scheinbaren Laufe durch die Ekliptik weilte, weshalb der Schweifstern auch im Fernrohr nicht aufgesucht werden konnte. Vom 15. April ab ist er in 22 Uhr 32 Min. 58 Sek. Rektaszension und —11 Grad 42 Min. Deklination, also etwa in der Nähe des Sternes Sigma im Wassermann, aufzusuchen. Er ist dann bis Mitte Juni in rechtläufiger Bewegung, immer im gleichen Sternbild, in der Gegend der Ekliptik zu suchen, von welchem Zeitpunkt ab er rückläufig in immer tiefere südliche Breiten geht. Am 23. August steht der Komet Encke dann in Opposition zur Sonne, weilt also der teleskopischen Beobachtung sehr günstig, die ganze Nacht am Himmel. Ein neuer Komet wurde am 24. Januar auf dem Kap-Observatorium am südlichen Sternenhimmel (Luftpumpe) entdeckt. Es handelt sich um einen sehr schwach sichtbaren Haarstern. Das genannte Sternbild liegt an der Grenze der für uns gerade noch unter günstigen Umständen erreichbaren Konstellation des Südhimmels. Zur Beobachtung steht er demgemäß zu tief am Horizont.

E. K. **Vögel auf Posten.** Bald werden wir wieder das Wunder des Vogelzuges erleben, wenn die gefiederten Sänger vom Süden zu uns zurückkehren. Es ist viel geschrieben worden über die Organisierung dieser gewaltigen Reisen durch die Luftbewohner, und man will auch öfters beobachtet haben, daß einzelne Patrouillen wie bei einem geordneten Heereszuge als Kundschafter und Späher vorausfliegen. Daß Vögel auf Posten stehen und für ihre Artgenossen Wache halten, kommt im Vogelleben des öfteren vor. Die Wildgans z. B. ist einer der Vögel, an die sich der Jäger am schwierigsten heranschleichen kann. Der Grund, warum sie immer rechtzeitig auffliegen, wenn etwas Bedrohliches in die Nähe kommt, liegt darin, daß sie Posten aufstellen, die Umschau halten müssen, während die andern ihre Mahlzeit halten. Die Posten dürfen an dem Fraße nicht teilnehmen, sondern stehen aufrecht und suchen mit scharfen Blicken die Umgebung nach irgendwelchen verdächtigen Anzeichen ab. Sehen sie einen Jäger herankriechen, dann geben sie ein Warnungszeichen, und die ganze Schar fliegt mit einem Husch davon. Gewöhnlich werden von den Wildgänsen drei Posten ausgestellt; doch hat man auch schon fünf beobachtet. Ein anderer Vogel, der sich auf dieselbe Art gegen Gefahren schützt, ist der amerikanische blaue Reiher. Er besitzt das feinste Gefühl für alles drohende Unheil und nützt dadurch nicht nur sich und seinen Artgenossen, sondern auch anderen Vögeln, denen er durch seinen Ruf das Zeichen zur Flucht gibt. Andererseits fühlen sich die anderen Vögel, besonders die Enten, in Anwesenheit dieses gefiederten Wachtpostens sehr sicher, und amerikanische Jäger sollen deshalb die Jagdlist anwenden, einen ausgestopften Reiher hinzustellen, dessen Gegenwart die Vögel in Sicherheit wiegt und leichter dem Jäger ausliefert. Einen ähnlichen Wachtdienst versieht nach den Angaben eines englischen Ornithologen bei uns die Amsel, die durch ihr ängstliches Schreien alles lebende Getier in weitem Umkreis warnt und zur Flucht auffordert. Der amerikanische Königsvogel ist ein kleiner grauer Geselle mit einer leuchtend weißen Brust und einem dunklen Fleck auf dem Kopf; er sitzt gewöhnlich auf dem höchsten Zweig des höchsten Baumes in einem Garten oder Gehölz. Sieht er aber auf seinem Ausguck irgend etwas Beunruhigendes, dann erhebt er sich in die Luft, beschreibt seine Kreise und warnt mit seinem scharfen meisterlichen Ruf jeden Vogel im Umkreis von mehreren hundert Metern.

Das Alter der Tiere. Die Lebensdauer der Tiere ist verhältnismäßig spät zum Gegenstand eingehender Forschungen gemacht worden, und wir sind erst seit kurzem zu einem einigermaßen abschließenden Urteil befähigt. Im allgemeinen dürfen wir die Regel aufstellen, daß das Leben eines Tieres um so länger dauert, je mehr Zeit sein Wachstum erfordert. Die höchsten Altersstufen sind zweifellos bei den Reptilien zu suchen. Krokodile werden durchschnittlich einige hundert Jahre alt, und dies enorme Alter läßt es erklärlich erscheinen, daß genauere Feststellungen fehlen werden, zumal die Lebensdauer eines in Gefangenschaft gehaltenen wilden Tieres kein Maßstab für die wirkliche Lebensgröße bildet. Aehnlich dem Krokodil wird auch die Schildkröte sehr alt, besonders die Riesenschildkröten sollen bis zu 200 Jahre alt werden; das Alter der Riesenschlange wird dagegen nur auf ein Jahrhundert geschätzt. Noch hohe Altersstufen werden auch von einzelnen Säugetieren erreicht, so wird der Walfisch über 200 Jahre, der Elefant wohl ebenso alt, Bären dagegen erlangen nur ein Durchschnittsalter von 35, Pferde von 40, Löwen von 30, Rinder und Wildschweine von 25, Hausschweine von 20, Hunde von 16—68 und Katzen von 15 Jahren. Von Jagdwild werden Hirsche höchstens 40 Jahre, Rehe vielleicht 15, Füchse und Dachse 10—12, Hasen 10 Jahre alt. Gleich manchem Säugetier erreichen auch manche Vogelarten ein sehr hohes Alter. Obenan stehen hier die Papageien, deren Alter mit 150—200 Jahren angenommen wird. Ihnen stehen Adler, Falken und Raben kaum nach: denn alle diese Vögel können auch über 100 Jahre alt werden. Ein viel geringeres Lebensalter ist unsern Singvögeln beschieden, am ältesten wird der Kuckuck, er wird bis 32 Jahre alt; das Alter des Zeisigs wird mit 25, das des Dompfaffs mit 19, des Distelfinks mit 18, des Kanarienvogels mit 15, der Nachtigall mit 18, der Amsel mit 12 Jahren angegeben. Von den Hühnern werden die freilebenden Sumpf- und Wasserhühner älter (bis zu 15 Jahre) als die Landhühner, die durchschnittlich nur 10 Jahre leben. Auch die Fische haben recht langlebige Gesellen in ihren Reihen. Karpfen und Hechte dürften wohl ein Alter von bis 200 Jahre erreichen. Welse dagegen sterben meistens schon nach 50 Jahren. Die übrigen Nutzfische werden nicht besonders alt, das Alter des Barsches mit 12 Jahren ist dabei schon ziemlich hoch. Weißfische werden nicht älter als 5—8 und Zierfische der Zimmeraquarien nicht mehr als 4 Jahre alt. Bei Amphibien, wie bei Kröten und Salamandern, wurde ein Alter von 40 Jahren beobachtet. In der niederen Tierwelt werden manche Individuen ziemlich alt, die Flußperlmuschel soll 50—60 Jahre länger leben. Die kurzlebigsten Tiere suchen wir unter der Gruppe der Würmer und Insekten, doch gibt es auch hier Ausnahmen; so wird der Regenwurm bis zu 10 Jahren alt und auch ein Leuchtkäferchen soll schon 6—7 Jahre alt geworden sein. Im allgemeinen erreichen diese Tiere aber kaum ein Alter, das länger währt als ein Jahr und meistens erlischt ihr Leben schon nach wenigen Monaten.

Die natürlichen Gasquellen. Unter den vielen Reichtümern des Erdinnern sind die Schätze von natürlichem Gas im Erdboden vielleicht die merkwürdigsten. Ebenso wie die Petroleumlager der Erdkruste rechnet die Naturkunde auch die Gasquellen zu den Mineralien, aber die Gasvorräte sind natürlich noch viel vergänglicher als das Erdöl oder gar die Kohle. Obgleich man über die Gesetze, nach denen sich die festen, flüssigen und gasigen Brennstoffe in der Erde bilden, noch keine unbedingte Aufklärung erreicht hat, weiß man doch so viel, daß ihre Erzeugung ein sehr langsamer Vorgang ist und daß der Mensch auf ihre natürliche Ergänzung in einer Geschwindigkeit, die ihrem Verbrauch entspricht, durchaus nicht rechnen darf. Immerhin ist es erstaunlich, welch ungeheure Mengen von Gas der Erdboden an manchen Stellen innerhalb langer Zeiträume zu liefern vermag. Sind doch zum Beispiel in der chinesischen Provinz Sztschwan solche Gasbrunnen schon seit Jahrhunderten in Benutzung, ohne eine Erschöpfung zu zeigen. Die Gasquellen der Vereinigten Staaten scheinen damit nicht konkurrieren zu können. Sie sind in den Gebieten der Staaten Indiana und Kansas zuerst 1860 bei der Bohrung nach Erdöl entdeckt und an sehr vielen Stellen dieses Bereichs nachgewiesen und in Benutzung genommen worden. Die größte Entwicklung hat die eigenartige Industrie in der Umgebung der Stadt Independence erhalten. Das Gas findet sich hauptsächlich in Tiefen von 550 bis 700 Metern unter der Oberfläche, und es wird nicht nur zur Beleuchtung und als Brennmaterial, sondern auch zum Betrieb von Maschinen in allen Ortschaften der Gegend benutzt. Die wichtigsten Industrien, die mit diesem natürlichen Gas arbeiten, sind Ziegeleien, Töpfereien, Glas- und Zementfabriken, die allerdings sämtlich in die bedenklichste Lage kommen werden, wenn die unterirdischen Gasvorräte einmal völlig versiegen.

Sport.

Turnspieler heraus! Schlagballspieler, Faustballspieler und Leichtathleten warten schon mit Sehnsucht darauf, sich wieder auf grünem Rasen betätigen zu können, aber die Sonne ist in diesem Jahre noch sehr sparsam mit ihren Strahlen. Die Arbeitersportler haben jetzt aber keine Zeit mehr zu warten, denn es gibt viel zu üben für die bevorstehenden großen Sportfeste. Auch die Spieler wollen in Ruhe ihre Bezirksspiele austragen, um an den Austragungen der Kreismeisterschaften am 9. Juli hier in Lübeck teilnehmen zu können. Der Arbeiter- Turn- und Sportverein Lübeck ruft seine Spieler und Sportler zu einer am Mittwoch, dem 19. April, abends 7½ Uhr im Arbeiter-Sportheim, Hundestr. 41, stattfindenden Versammlung zusammen, um das Sommerprogramm zu besprechen. (Siehe gestriges Inserat.) Alle Spieler und Sportler des Vereins sind verpflichtet zu erscheinen. Seitens der Oberschulbehörde ist dem Verein wieder der Sportplatz Buniamshof für Montags, Donnerstags und Sonntag vormittags zur Verfügung gestellt. H. N.

Neue Bücher.

Alice Berend, „Bruders Bekenntnis.“ Verlag Albert Langen, München. Geh. 18 Mk., geb. 30 Mk. Die berühmte Humoristin, deren „Jungfer Binchen und ihre Junggesellen“ bei unseren Lesern noch in frischer Erinnerung haften, hat den launigen Einfall gehabt, unter obigem Titel die Geschichte eines Hundes herauszugeben. Ein braver Dobermann „Bruder“ genannt, erzählt uns, wie er aufgewachsen, welche Menschen in seinen Gesichtskreis traten, deren Vorzüge und Schwächen wir kennen lernen, wie er dressiert worden ist, wer es gut und wer es bös mit ihm getrieben hat. Hundefreuden und Hundeleid halten die Leser von Anfang bis Ende in Spannung. Sie lernen nicht nur die Familiengeschichte des Hundes, sondern auch die seines geliebten Herrn kennen. Ihre Freunde und Feinde werden unter die Lupe genommen. Bruder hat seine eigene Philosophie. Mit bewunderungswerter Meisterschaft versteht es die Verfasserin Komik und Tragik zu zeichnen. Der Schluß ihres Werkes ist von hinreißender packender Wirkung, sodaß man es mit einem heiteren und einem nassen Auge aus der Hand legt. So wie die früheren Arbeiten dieser erfolgreichen Dichterin wird auch „Bruders Bekenntnis“ vielen Menschen Freude machen. wb.

Beobachtungen über Tier und Mensch. Erkundliches Wanderbuch Bd. II. Von Prof. Dr. Siegfried Passarge. 128 Seiten. (Wissenschaft und Bildung Band 171). Preis geb. 18 Mk. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig. 1922. Zunächst schildert der Verfasser in einem einleitenden Abschnitt, wie die Rassen und Völkergruppen zu beobachten seien, sowie die Abhängigkeit der Menschen von der Landschaft. Von ganz besonderem Interesse sind die Abschnitte über die Bedeutung der Stadt als Landschaft. Denn die sie bedingende Entwicklung der Maschinenkultur ist für Deutschlands Geschicke entscheidend. Eine solche Landschaftskunde erschließt uns erst das Verständnis für den furchtbaren Zusammenbruch unseres Volkes. Passarges Erkundliches Wanderbuch ist ein Hilfsmittel für weiteste Kreise zur Belebung des geographischen Studiums.

Die Hauptlehren der Volkswirtschaftslehre. Von Professor Dr. Othmar Spann. 18. abermals vermehrte Auflage. 184 Seiten. (Wissenschaft und Bildung, Band 36). Geh. 15 Mk. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig. 1922. Das Buch weist den größten buchhändlerischen Erfolg der ganzen volkswirtschaftlichen Literatur auf. Professor Spann hat es verstanden, den gewaltigen Stoff dicht zusammenzudrängen und doch durchsichtig genug zu gestalten. Schritt für Schritt wandelt der Verfasser durch die Geschichte der Volkswirtschaft und führt den Leser in einfacher und doch anregender Sprache die Haupttheorien der Nationalökonomie vor Augen. Keine der wichtigsten Theorien fehlt. Bis zur Gegenwart leitet uns der Verfasser und läßt es weder bei den grundlegenden noch bei den neuesten Problemen an Erläuterungen und Kritik fehlen. Besonders hervorzuheben ist, daß sich der Herausgeber nicht mit der Schilderung und Erklärung einer Theorie begnügt, sondern auch zugleich zeigt, welche Wirkung die Idee auf ihre Zeit ausgeübt hat. Diese Tatsache verleiht dem Buch einen besonderen Wert.

Das Reichsmietengesetz. Systematische Darstellung nebst Kommentar von Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenheim und Dr. Paul Hertz, M. d. R. Preis 10 Mk. 48 Seiten. (Verlag der Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2, Breitestr. 8/9.) Die Schrift enthält neben einer übersichtlichen Darstellung der durch das Reichsmietengesetz eintretenden Aenderungen der bisherigen Gesetzgebung den Wortlaut des Reichsmietengesetzes mit ausführlichen Erläuterungen. Die Darstellung ist denkbar einfach, damit jeder Mieter sich ohne fremde Hilfe die Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen verschaffen kann, deren er bei den Verhandlungen mit dem Hausbesitzer über die Höhe seiner Miete und in sonstigen Streitfragen gebraucht.

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

nach den Ermittelungen des Statistischen Amtes vom 15. April 1922.

	Kleinhandelspreis für 1 Pfund in Pfg. häufig	höchst	niedrig
Fleisch u. Fleischwaren			
Rindfleisch: Kochfleisch	4000	4400	3000
„ Bratfleisch	4000	4600	3200
Kalbfleisch: Kochfleisch	2600	4000	2200
„ Bratfleisch	2800	4500	2400
Hammelfleisch: Kochfleisch	3600	3800	1900
„ Bratfleisch	4000	4000	2000
Schweinefl.: Kochfleisch	4000	4500	3500
„ Bratfleisch	4200	4500	3400
Pferdefleisch: Kochfleisch	2000	2000	1600
„ Bratfleisch	2000	2400	1600
Leberwurst I	4000	5600	4000
„ II	3000	4000	2800
Mettwurst: gekochte	4000	5600	3000
„ geräucherte	5000	6000	4800
Speck: geräuch., hiesiger	5000	5600	4800
„ „ fremder	4000	4400	4000
Molkereiprodukte. Fette Eier			
Vollmilch, 1 Liter	640	640	640
Magermilch, 1 Liter	320	320	320
Käse, halbfetter	2800	4000	2000
Meierei-butter	6200	6500	6000
Margarine	3500	4200	3000
Schweineschmalz	4600	5000	4500
Eier, Stück	380	390	370
Brot, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte, Kolonialwaren			
Roggengrobbrot	332*	485	332*
Feinbrot	368*	636	368*
Semmel	1120	1120	1120
Weizenmehl	1200	1400	1050
Buchweizengrütze	1400	1700	1200
Hafergrütze	950	1200	750
Haferflocken	950	1200	900
Gerstengraupen	900	1050	800
Gerstengrütze	900	1100	800
Erbsen, gelbe	700	850	400
„ grüne	700	850	520
Weiße Bohnen	800	1100	500
Reis	1200	1650	800
Reismehl	1100	1200	950
Sago	1400	2000	1200
Zucker: Würfelzucker	1050	1200	1000
„ gem. Melis	1000	1050	950
Tee	12000	22000	8000
Kaffee	10000	12000	7600
Kaffee-Ersatz	1160	1240	880
Speisesalz	80	120	50
Speiseessig, Liter	350	460	150
Kartoffelmehl	1600	1800	1200
Gemüse und Obst			
Tomaten	—	—	—
Gurken, Stück	—	—	—
Spargel I	—	—	—
„ II	—	—	—
„ III	—	—	—
Weißkohl	500	500	500
Wirsingkohl	—	—	—
Rotkohl	800	900	700
Blumenkohl I, 1 Kopf	—	—	—
„ II, 1 „	—	—	—
Rosenkohl	900	900	600
Grünkohl	400	400	300

* Höchstpreise

	Kleinhandelspreis für 1 Pfund in Pfg. häufig	höchst	niedrig
Gemüse und Obst			
Rote Beeten	150	200	150
Kohlrabi	—	—	—
Steckrüben	150	160	150
Teltower Rüben	400	400	300
Rhabarber	800	900	800
Spinat	1200	1200	600
Zwiebeln	800	800	800
Kartoffeln	300	320	300
Möhren	500	500	450
Radieschen, 1 Bund	—	—	—
Kopfsalat, 1 Kopf	—	—	—
Erbsen	—	—	—
Große Bohnen	—	—	—
Brechbohnen	—	—	—
Halbreife Bohnen	—	—	—
Sellerie, 1 Knolle	300	700	150
Porree, 1 Stange	100	100	60
Tafeläpfel	800	1000	700
Wirtschaftsäpfel	700	800	700
Eßbirnen	—	—	—
Kochbirnen	800	800	800
Fliederbeeren	—	—	—
Pflaumen	—	—	—
Schlehe	—	—	—
Fische			
a) Süßwasserfische			
Schleie	3500	3500	3500
Karpfen	3500	3500	3500
Aale, große	3600	3600	3600
„ mittel	2600	2600	2600
„ kleine	1800	1800	1800
Hechte	2000	2000	1600
Barsche	1000	1200	1000
Brachsen, große	1600	1800	1600
„ kleine	1200	1200	1200
Rotaugen, große	900	900	600
„ kleine	500	500	500
b) Seefische			
Dorsche	600	600	500
Butt, große	600	600	600
„ kleine	400	400	400
Stembutt	2500	2500	2000
Schellfische	1200	1200	1200
Grüne Heringe	650	650	650
Geräucherte Fische			
Heringe	1000	1100	900
Sprotten	1000	1200	800
Aale, große	5200	5200	5200
„ mittel	3500	3500	3500
„ kleine	2000	2000	2000
Brenn- u. Leuchtstoffe			
Nutzkohlen, 1 Zentner	7750	7750	7750
Hartkoks, 1 Zentner	8750	8750	8750
Gaskoks, 1 Hektoliter	7000	7000	7000
Braunkohlenbrik., 1 Ztr.	5450	5450	5450
Torf, 1 Zentner	—	—	—
Gas, 1 cbm	450	450	450
Elektrizität, 1 KwStd.	1260	1260	1260
Petroleum, 1 Liter	1200	1400	1160

Steckenpferd-Buttermilch-Seife
die beste Kinderseife
(858

Allgem. Fortbildungsschule für Mädchen

Anmeldung.

Nach § 2 des Gesetzes, betreffend die Allgemeine Fortbildungsschule, vom 14. 4. 1920, sind alle Mädchen unter 18 Jahren, die in Lübeck wohnen und weder die Gewerbeschule noch die Oeffentliche Handelslehranstalt besuchen, zum Besuch der Allgemeinen Fortbildungsschule verpflichtet. Infolgedessen werden zu Ostern 1922 schulpflichtig alle Haustöchter, Hausgehilfinnen und ungelernte Arbeiterinnen, die jetzt die allgemeinen Schulen verlassen haben, soweit sie das 16. Lebensjahr nicht vollendet haben.

Die Anmeldung der neuen Schülerinnen hat gemäß § 10 des Gesetzes durch die Arbeitgeber oder die Eltern zu erfolgen und zwar am Donnerstag, dem 20., Freitag, den 21. und Sonnabend, den 22. ds. Mts., von 8—12 Uhr, im Schulhause, Hüxstraße 69.

Bei der Anmeldung ist das Abgangszeugnis aus der Schule vorzulegen.

Der Unterricht beginnt am **Dienstag, dem 25. April 1922.**

Die Unterrichtszeit wird bei der Anmeldung bekannt gegeben.

Lübeck, den 18. April 1922. (878

Die Oberschulbehörde.

Glockengießerstraße 61.
Zahle erhöhte Tagespreise für
Lumpen, Eisen, sämtliche Metalle, Papier, Flaschen, Felle, Haare usw.
Fr. Krämann, Fernruf 2751. (859